1935 Nr. 6-8. April 1935. Als Manuskript gedruckt.

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Die wirtschaftliche Entwicklung Pommerellens 1920—1935.

Unter dem 19. März d. J. brachte die führende polnische Wirtschaftszeitung, die „Codzienna Gazeta Handlowa" eine Sondernummer, die dem wirtschafts- und sozialpolitischen Fortschritt und Umbau Pommerellens gewidmet war, wie er sich seit der Eingliederung in den polnischen Staat vollzogen hat. Alle mit Wirtschaft und Verkehr in Verbindung stehenden Fragen wurden der Betrachtung unterzogen. Verständlicherweise wird dabei der Landwirtschaft und der geführten Landwirtschaftspolitik ein besonders weiter Raum zur Verfügung gestellt, als demjenigen Wirtschaftszweig, der dieser Provinz das Gepräge gibt und für ihr Wohlergehen ausschlaggebend ist.

Wie die „Codzienna Gazeta Handlowa" einleitend zum Ausdruck bringt, sei diese Sondernummer dem wirtschaftlichen Zusammenwachsen Pommerellens mit dem übrigen Staate gewidmet und solle daher in möglichst erschöpfender Weise den großen Erfolg, den die pommerellische Bevölkerung im Verlauf der vergangenen 15 Jahre, gestützt auf die wichtige und klar vorausschauende Politik der Regierung, auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens Pommerellens zu erringen vermochte, zum Ausdruck bringen. Zu diesem Zwecke seien die bedeutendsten Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens in einer Reihe synthetischer Artikel zu Wort gekommen, um damit die Rolle und wirtschaftliche Bedeutung dieses Gebietes in der Gesamtwirtschaftsstruktur Polens und die mühselige voller Energie geführte Arbeit aller Wirtschaftsorganisationen und Einzelfaktoren, denen der große Erfolg zu verdanken ist, zu veranschaulichen.

Das Geleitwort zu dieser monographieähnlichen Arbeit schrieb der Wojewode von Pommerellen, Stefan Kirtiklis. Die noch aus Kreuzritterzeiten stammenden Speicher und Gebäude seien ein Beweis für die wichtige Rolle, die dieses Land seit jeher gespielt habe. Diese Bedeutung Pommerellens habe sich nach der Rückkehr zu Polen, als das an die See und den Gdinger Hafen angrenzende Land, um ein Vielfaches gesteigert. Seitdem sei Pommerellen zum Zentralpunkt des Außenhandels von ganz Polen geworden.

„Im Verlauf der vergangenen fünfzehn Jahre ist Pommerellen einer ungeheuren Wandlung unterworfen gewesen: die einst verdeutscht gewesenen Städte sind heute zu 90—95 Prozent polnisch. Die Kaufmannschaft wurde polonisiert, in polnischen Händen befinden sich heute alle bedeutenderen Industrieunternehmungen, und besonders die Verarbeitungsindustrie entwickelt sich trotz der Krise erfolgreich. Die polnische Kaufmannschaft Pommerellens hat einen ausgezeichneten Namen und muß sich daher ihrer Aufgaben und der Rolle, die sie im Wirtschaftsleben Pommerellens zu spielen hat, bewußt sein. Und deshalb müssen aus Pommerellen die ersten Pioniere des polnischen Handels überhaupt und des seewärtigen Handels im besonderen hervorgehen."

Die ersten drei Artikel haben die Entwicklung und die Arbeit der Selbstverwaltungsbehörden zum Inhalt. Der Landesstarost von Pommerellen, Wincenty Łacki, weist auf die Schwierigkeiten hin, die dem jungen polnischen Staate nach der Abwanderung der deutschen Staats- und Kommunalbehörden im Jahre 1920, und dadurch, daß so wichtige Wirtschaftszentren wie Danzig und Elbing außerhalb der Grenzen Polens verblieben, entstanden seien. Nach Überwindung der anfänglichen Schwierigkeiten sei die Selbstverwaltung der Wojewodschaft Pommerellen mit Unterstützung der zuständigen Regierungsstellen zur positiven Aufbauarbeit übergegangen, die dann auch in den vergangenen 15 Jahren beachtliche Erfolge gezeitigt habe. Die infolge Inflation und Krise stark verringerten Einnahmen hätten eine außerordentlich sparsame Wirtschaftsführung zur Folge haben müssen.

Von bedeutenderen Arbeiten sei vor allem die bereits 1920 unternommene Fortführung des Baues des mit Wasserkraft betriebenen Elektrizitätswerkes in Gródek a. Schwarzwasser zu nennen, das von dem westpreußischen Provinzialverband begonnen wurde. Die Bedeutung dieses Werkes liege in der Versorgung des Handels- und Kriegshafens in Gdingen mit Licht und Kraft. Die Inbetriebnahme des Werkes, das über eine Kraft von 5 650 PS verfügt, sei am 24. April 1923 erfolgt. Um den Elektrifizierungsplan Pommerellens erfolgreich durchführen zu können, sei noch im Oktober 1923 durch die Wojewodschaftsselbstverwaltung die Aktien-Gesellschaft „Pommerellisches Landeselektrizitätswerk Gródek" mit einem Anfangskapital von 6 Millionen Złoty gegründet worden. Von dieser Gesellschaft sei ein zweites Wasserelektrizitätswerk in Żur mit 12 000 PS erbaut worden, das bis zum Jahre 1928/29 fertiggestellt worden sei. Die jährliche Leistungsfähigkeit der beiden Werke an elektrischer Energie betrage 30 Millionen Kilowattstunden.

Zum Tätigkeitsbereich der Wojewodschaftsselbstverwaltung gehören weiterhin die Unterhaltung und der weitere Ausbau des Straßennetzes. Durch die Umstellung des Landverkehrs aus der Ost-Westrichtung auf die Süd-Nord-Richtung nach der See und Gdingen hin, sei besonders die Schaffung von Straßen in dieser Richtung notwendig geworden.

Bedeutenden Anteil habe die Selbstverwaltung auch an der Ausführung und besonders Finanzierung des landwirtschaftlichen Meliorationsprogramms. Eine der bedeutendsten Arbeiten sei hierbei die Errichtung eines Walles bei Schwetz zum Schutze der Weichselwiesen vor Hochwassergefahr.

Zu erwähnen sei schließlich die im Jahre 1927 geschaffene Finanzinstitution der Wojewodschaftsselbstverwaltung, die jetzige „Pommerellische Wojewodschafts-Kommunal-Sparkasse", die als einzige Institution dieser Art in ganz Polen in bedeutendem Maße zur Stärkung des Wirtschaftslebens durch zweckmäßige und billige Kreditvermittlung beiträgt.

Aus dem folgenden Artikel über die Entwicklung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung von dem Direktor der Industrie- und Handelskammer in Gdingen, Krupski, verdient nur der Hinweis auf die geplante administrative Zuteilung des Netzegebietes zur Wojewodschaft Pommerellen erwähnt zu werden. Sowohl aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen soll das zukünftige Gebiet der Wojewodschaft Pommerellen um die nördlichen Kreise der

Wojewodschaft Posen vergrößert werden, weil man eine wirtschaftliche Verbindung und ein Hinzielen des Netzegebietes nach Pommerellen, der See und Gdingen festgestellt habe. Diese Umstände hätten zur Folge gehabt, daß man durch Gesetz vom 29. September 1933 die Industrie- und Handelskammer in Bromberg liquidiert und Stadt und Kreis Bromberg, sowie die Kreise Hohensalza, Wirsitz und Schubin der Industrie- und Handelskammer in Gdingen zugeteilt habe, während der Rest des Gebietes der früheren Bromberger Kammer zur Industrie- und Handelskammer Posen gekommen sei.

Eine Ergänzung der Ausführungen des Landesstarosten Łacki über die Bautätigkeit der Selbstverwaltungsbehörde ist der Artikel des Leiters des Verkehrs- und Bauamtes beim Wojewodschaftsamt in Thorn, Ingenieur K. Mackowski, über die staatliche Bautätigkeit in der Zeit von 1920 bis 1934.

Da durch das Gebiet Pommerellens der gesamte Wagenverkehr zur Seeküste und nach Gdingen gehe und der Drang nach der See der 33 Millionen-Bevölkerung von Jahr zu Jahr zunehme, passe man die Wegepolitik den Anforderungen an, welche das Wegenetz Pommerellens erfüllen müsse, um dem in der Entwicklung begriffenen Kraftwagenverkehr gerecht zu werden. Daraus folge die Notwendigkeit des Baues neuer Straßen, die die Zufahrt nach Gdingen und zur See abkürzten, und außerdem erweise sich die Anpassung der vorhandenen Straßen an die Erfordernisse des Kraftwagenverkehrs, wie die Verbreiterung der Fahrbahn, Vermeidung scharfer Kurven, Umbau von vorläufigen und Holzbrücken in feste Brücken, als notwendig. Der Brückenbau habe bereits 1923 eingesetzt, dagegen sei mit der Straßenerneuerung in größerem Umfange erst 1924 begonnen worden.

In der Zeit von 1920—1934 seien in Pommerellen an neuen Staatsstraßen erbaut worden: 1. die Strecke Thorn—Służewo in einer Länge von 10,3 km mit einem Kostenaufwand von 887 384 Zl., und außerdem stehe kurz vor der Vollendung die Straße Groß-Katz — Klein-Katz — Quaschin mit einem Kostenaufwand von rund 1 Million Zloty. Außerdem sei in den Jahren 1928—1931 auf Kosten des Staatsfonds die sog. Küstenstraße und deren Verlängerung Habichtsberg—Karwen in einer Gesamtlänge von 14,5 km für rund 4 200 00 Zloty erbaut worden. Der Bau dieser Straße habe die Zufahrt zur Küste ermöglicht und werde die Entwicklung der Küstenorte fördern.

Auf Grund der Bemühungen der Wojewodschaftsselbstverwaltung seien noch einige kleine Wojewodschaftsstraßen erbaut worden und zwar: 1. Groß-Thiemau — Summin — Wardengowo mit einer Länge von 7,9 km, 2. Klunkwitz — Grobdek 3,9 km, 3. Scharnau — Ostromecko 4,1 km. Gegenwärtig sei außerdem die Straße Nowa Karczma—Egiertowo in einer Länge von 13,75 km im Bau.

Die Kreisselbstverwaltungen schließlich hätten in der Zeit von 1920—1934 insgesamt 136,6 km Wege mit einem Kostenaufwand von 4,9 Millionen Zloty erbaut.

Von den ausgeführten Brückenbauten müsse die Errichtung der Weichselbrücke bei Thorn, als eine der größten Brücken Polens, deren Baukosten 15 Millionen Zloty betragen hätten, hervorgehoben werden. Zum Bau dieser Brücke habe man die Konstruktion der früheren Eisenbahnbrücke bei Münsterwalde verwendet.

Im engsten Zusammenhang mit der geschilderten Verkehrs- und Straßenbaupolitik der staatlichen und kommunalen Behörden steht auch die von den Polnischen Staatseisenbahnen geführte Politik. Denn die Arbeiten dieser Institution seien infolge der bereits erwähnten notwendigen Umstellung des Verkehrs aus der Ost-West-Richtung in die Süd-Nord-Richtung, um eine rasche und günstige Verbindung aller Teile des Landes mit der See und den Häfen herzustellen, von außerordentlicher Wichtigkeit. Der Umfang der geleisteten Arbeit sei dann auch in jeder Hinsicht anerkennenswert.

Es seien folgende neue Schienenstrecken erbaut und in Betrieb genommen worden:

„1. Die Linie Kokoschken — Gdingen in einer Länge von 23,2 km war die erste direkte Verbindung der polnischen See mit dem polnischen Eisenbahnnetz mit Hilfe einer in ihrer ganzen Länge auf polnischem Boden liegenden Strecke. Mit ihrem Bau begann man im Jahre 1920 und übergab sie der Benutzung am 10. November 1921. Die Linie ist unter schwierigen Geländeverhältnissen erbaut worden, und als gleichzeitige Verbindungsstrecke der Kaschubischen Schweiz mit der See ist sie im Jahre 1930, im Zusammenhang mit dem Bau der Kohlenmagistrale Schlesien—Gdingen zum Teil wieder auseinandergenommen und in ihrem letzten Abschnitt von Osowo bis Gdingen durch die zweigleisige Kohlenmagistrale ersetzt worden.

2. Die Linie Putzig — Hela in einer Länge von 45,53 km ist in den Jahren 1920—1922 erbaut und am 14. August 1922 dem Verkehr übergeben worden, wodurch endlich die bisher fehlende Verbindung der Halbinsel Hela mit dem Eisenbahnnetz hergestellt und die Entwicklung der Seebäder gefördert wurde, die seitdem einen starken Aufstieg zeigen.

3. Die Linie Czersk — Bonk — Berent in einer Länge von 43,2 km ist in den Jahren 1925—1928 erbaut und am 15. Oktober 1928 dem Verkehr übergeben worden.

4. Die Kohlenmagistrale Schlesien—Gdingen ist etappenweise entstanden, und im Februar 1933 wurde diese Linie (Herby — Nowe — Gdingen) in einer Länge von 458,80 km als Ganzes durch die Eisenbahndirektion Danzig (jetzt Thorn) in Betrieb genommen. Die Kohlenmagistrale Schlesien—Gdingen, eine der größten finanziellen Leistungen unseres Staates und der berechtigte Stolz unseres Eisenbahnwesens und seiner Schöpfer bildet die direkte und kürzeste Verbindung des Kohlenbeckens mit der See und dem polnischen Hafen Gdingen."

Neben diesen Streckenbauten seien besonders die umfangreichen Eisenbahnbauten an der Hafenstation in Gdingen und der Ausbau des Danziger Knotenpunktes zu erwähnen. In den vergangenen 15 Jahren habe man allein in Gdingen neben sehr umfangreichen Erdarbeiten rund 162 km Bahnhofsgeleise gelegt. Die bisher in Gdingen ausgeführten Arbeiten bildeten nur einen Teil des Gesamtbauprojektes, das mit der Entwicklung des Hafens und seiner Einrichtungen fortschreitend verwirklicht werde. Die bisherigen Kosten des Baues von Geleisen, Gebäuden und anderer Eisenbahneinrichtungen in Gdingen betrugen rund 22 700 000 Zloty, in welcher Summe die Kai-Geleise und -Anlagen nicht einbegriffen seien, da diese für Rechnung des Industrie- und Handels-Ministeriums gebaut worden seien.

Nicht minder bedeutend seien die Eisenbahnneubauten in Danzig, insbesondere die Errichtung der Hafenstation Troyl. Die Kosten der bisherigen Investitionen im Danziger Eisenbahnknotenpunkt betrügen rund 14 500 000 Zloty.

Auf dem Gebiete des Eisenbahnbrückenbaues für die neue Weichselbrücke bei Thorn und der für über 1 Million Zloty ausgeführte völlige Umbau der großen Brücke über die Geleise in Danzig-Neugarten.

Die finanzielle Leistung des Polnischen Staates für das Eisenbahnnetz seit Übernahme der Eisenbahnen betrage 65 928 565 Zloty.

„Das Programm für die Zukunft sieht den weiteren Ausbau des Eisenbahnnetzes, in erster Linie den weiteren Ausbau der Station Gdingen und soweit als notwendig, auch des Danziger Knotenpunktes vor, sowie den Bau des zweiten Geleises für die Kohlenmagistrale. Außerdem erweist sich infolge der Verlegung der Eisenbahndirektion die Errichtung einer größeren Anzahl von Wohngebäuden in Thorn als notwendig."

Die Angaben, welche der Direktor der Finanzkammer in Graudenz, Stefan Kossior über die Bedeutung Pommerellens in steuerlicher Hinsicht machte, enthalten kaum etwas Nennenswertes oder Neues. Verfasser weist auf den überaus komplizierten Charakter der Wirtschaftsstruktur Pommerellens hin, weil neben den inneren wirtschaftlichen Fragen, die durch die hochentwickelte Landwirtschaft und die recht zahlreich vorhandenen Industriezweige bedingt seien, das hiesige

Wirtschaftsleben dauernd zu den mit der geographischen Lage des Gebietes in Zusammenhang stehenden Problemen Stellung nehmen müsse. Als Beispiele hierfür wären u. a. die Wichtigkeit wirtschaftlicher und finanzieller Fragen zu nennen, die durch die Nachbarschaft Pommerellens mit der Freien Stadt Danzig und dem Deutschen Reiche, sowie durch den Ausbau des polnischen seewärtigen Handels und der polnischen Häfen bedingt seien. Dies alles sei dann auch bei den zuständigen höheren, besonders den Steuerinstanzen, richtig erkannt worden, so daß diesem Gebiete auch eine bedeutende Unterstützung zuteil geworden sei.

„Außer der wirtschaftlichen Seite ist für die Beurteilung Pommerellens in steuerlicher Hinsicht die richtige Einschätzung des sozial-kulturellen Niveaus der dieses Gebiet bewohnenden Bevölkerung wichtig. Es ist eine allgemein anerkannte Tatsache, daß in sozial-kultureller Hinsicht die pommerellische Bevölkerung an führender Stelle in Polen zu stehen komme. Die Folge davon ist eine hochentwickelte Steuermoral der pommerellischen Bevölkerung, so daß im Endergebnis ein großer Prozentsatz der Steuererklärungen und Handelsbücher den tatsächlichen Umsatz und Verdienst zum Ausdruck bringen."

Was die Steuerzahlung selbst betreffe, so seien bis zum Jahre 1921 die Hauptquelle des fiskalischen Einkommens in Pommerellen die indirekten Steuern gewesen. In den folgenden Jahren habe sich eine entscheidende Wandlung dahingehend vollzogen, daß gegenwärtig die direkten Steuern die Haupteinnahmequelle, nämlich rund 70 % des gesamten Steuereinkommens Pommerellens bildeten.

„An dem Gesamteinkommen des Staates aus öffentlichen Abgaben ist Pommerellen gegenwärtig in einer Höhe von 4,7 % beteiligt. Trotz der langandauernden Wirtschaftskrise ist der Anteil Pommerellens an dem Gesamtsteuereinkommen nicht nur nicht geringer geworden, sondern im Verhältnis zum Jahre 1929/30 sogar um 0,2 % angestiegen.

Im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise ließen sich in Pommerellen interessante Wandlungen hinsichtlich des Umfanges an Einkommen aus den einzelnen direkten Steuern beobachten. Geringer geworden sind nämlich die Einnahmen aus denjenigen Steuern, deren Festsetzung von konjunkturbedingten Grundlagen (Industrie- und Einkommensteuer) abhängt, dagegen sind die Einnahmen aus Steuern, deren Höhe unabhängig von den Konjunkturbedingungen festgesetzt wurde (Grund- und Besitzsteuer) angestiegen. Diese Erscheinung bringt die nachfolgende Zusammenstellung der Einnahmen in Millionen Złoty zum Ausdruck:

im Jahre	1929/30	1933/34
Industriesteuer	14,6	6,9
Einkommensteuer	12,3	8,8
Grundsteuer	2,2	3,4
Immobiliensteuer	1,9	3,0

Die Belastung durch öffentliche Abgaben auf den Kopf der Bevölkerung zeigt in den letzten Jahren in Pommerellen eine fallende Tendenz, was die folgende Zusammenstellung zum Ausdruck bringt:

	Allgem. öffentliche Abgaben	Direkte Steuern	Stempel- u. Erbschaftssteuern
im Jahre 1929/30	49,70 Zł.	35,00 Zł.	10,00 Zł.
„ „ 1930/31	44,40 Zł.	31,90 Zł.	8,70 Zł.
„ „ 1931/32	39,70 Zł.	27,90 Zł.	7,60 Zł.
„ „ 1932/33	34,10 Zł.	25,00 Zł.	6,10 Zł.
„ „ 1933/34	34,10 Zł.	34,30 Zł.	5,30 Zł.

Auch die gesamte Finanzeinnahme hat sich im Verlauf der Krisenzeit in Pommerellen stark verringert.

Im Haushaltsjahre 1929/30 betrug dieses Einkommen 53,5 Millionen Złoty, während es bis zum Jahre 1933/34 auf 37,6 Millionen Złoty herabsank . . .

Wenn man Pommerellen in steuerlicher Hinsicht betrachtet, dann muß auch die Rolle Gdingens in dem besprochenen Gebiete unterstrichen werden.

Von großer Bedeutung in der günstigen Entwicklung der Stadt und des Hafens Gdingen war ohne Zweifel die entsprechend eingestellte Politik der Finanzbehörden, welche Gdingen als ein Gebiet mit besonderen Eigenarten anerkannten, die die Anwendung anderer Methoden auf dem Gebiete der direkten Besteuerung notwendig machen. In Ausführung dieses Grundsatzes wurde ein Gesetz erlassen, kraft dessen die Finanzbehörden berechtigt sind, diejenigen Unternehmungen von der Besteuerung zu befreien, die zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt und des Hafens Gdingen beitragen . . .

Um ein ungefähres ziffernmäßiges Bild von der besonderen Politik der Steuerbehörden in Bezug auf das Gdinger Wirtschaftsleben zu geben, sei angeführt, daß in Gdingen Jahr für Jahr von den industriellen Steuern ein Umsatz von rund 80 Millionen Złoty und ein Einkommen in Höhe von ungefähr 2,5 Millionen Złoty befreit wird."

Auffallend sei gegenüber der Mehrheit der Positionen einzelner Industriezweige, die infolge der Krise eine Verminderung der Steuerkraft aufwiesen, der überaus hohe Anstieg der Verbrauchssteuer für Zucker. Die Einnahmen aus dieser Quelle zeigten in den letzten Jahren folgende Entwicklung:

im Jahre 1932/33	2 088 938 Zloty
im Jahre 1933/34	2 609 488 Zloty
im Jahre 1934/35 (11 Monate) ..	6 047 749 Zloty

Ein weiter Raum wurde in der Sondernummer, wie bereits erwähnt, der Behandlung der Landwirtschaft und der ihr nahestehenden Wirtschaftszweige zur Verfügung gestellt. Auch hier sind es führende Persönlichkeiten des staatlichen und besonders auch des privaten Wirtschaftslebens, die zu den einzelnen Fragen Stellung nehmen. Besondere Bedeutung wird dabei denjenigen Artikeln zuzumessen sein, die die Strukturwandlungen und die Entwicklung der Landwirtschaft, des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und ihr verbundenes Gebiet zum Inhalt haben.

Der Vorsitzende der Pommereller Landwirtschaftskammer in Thorn, Jan Donimirski, schreibt über die „Landwirtschaft Pommerellens einst und jetzt". Er betont die große Wandlung, die gerade die Landwirtschaft, weit mehr als irgendein anderer Wirtschaftszweig, seit der Eingliederung in den polnischen Staat, durchgemacht hat. Das Entscheidende dabei sei der Übergang aus dem hochindustrialisierten Organismus des Deutschen Reiches in das neuentstehende politische Becken des Polnischen Staates mit seinem starken Übergewicht der Landwirtschaft gewesen.

Vor dem Kriege habe sich die pommerellische Landwirtschaft in ausnehmend günstigen Verhältnissen befunden. Hohe Preise für Agrarerzeugnisse bei niedrigen Preisen für Industriewaren und schließlich ein geregelter billiger Anlage- und langfristiger Kredit in Verbindung mit einem gesicherten Absatz, hätten die Rentabilität der landwirtschaftlichen Erzeugung gewährleistet.

Dies habe sich nach dem Kriege grundlegend geändert, und die Landwirtschaft Pommerellens habe einen recht bedeutenden Teil ihrer früheren Produktionskraft verloren.

„Neben anderen Ursachen bewirkte diesen Verlust die der Landwirtschaft gegenüber in Bezug auf die Preise für Agrarerzeugnisse von den Behörden des früheren preußischen Teilgebietes geführte Restriktionspolitik, die die Fixierung der Preise für landwirtschaftliche Waren auf einer möglichst niedrigen Basis anstrebe. Diese Politik berücksichtigte nicht die wirtschaftlichen Momente, wie sie vor der Angliederung Pommerellens an Polen bestanden, sowie die wirtschaftliche Schwäche der pommerellischen Wirtschaften. Wir können daher die unnatürliche Erscheinung feststellen, daß die östlichen Wojewodschaften Polens schneller und leichter die durch den Krieg vernichteten landwirtschaftlichen Betriebe wieder aufzubauen vermögen, dagegen die auf Zwangswirtschaft hinsichtlich der Preispolitik, welche von den Verwaltungsbehörden des früheren preußischen Teilgebietes geführt wird, gestützten westlichen Wojewodschaften, nur mit Mühe ihre Erzeugungskraft wieder herstellen können.

Nach diesem kurzen Zeitabschnitt, nach dem beendeten Ausgleichs- und Anpassungsprozeß der wirtschaftlichen Bedingungen Pommerellens an das übrige Polen, als sich Pommerellen der Gesamtstruktur des Polnischen Staates eingegliedert hatte, der ein ausgesprochenes Agrarland war und in dem sich die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf verhältnismäßig niedriger Basis gestalteten, bei gleichzeitig hohen Preisen für Produktionsmittel und einem teuren und nur schwer zugänglichem, überwiegend kurzfristigen Kredite, da wurde die wirtschaftliche Lage der pommerellischen Landwirtschaft unvergleichlich schwieriger als in anderen Wojewodschaften.

Dies wurde durch die bedeutend höheren Kosten der landwirtschaftlichen Erzeugung bedingt, welche durch die proportional höhere Ertragsfähigkeit des Bodens nicht ausgeglichen wurde. Außerdem lasteten auf der Landwirtschaft der Wojewodschaft Pommerellen öffentliche Abgaben in einer Höhe, wie man sie in anderen Wojewodschaften nicht kannte, wie z. B. die höheren staatlichen und Selbstverwaltungssteuern. Ebenso bestanden hier weit ausgebaute und vielstufige Sozialversicherungen der landwirtschaftlichen Landarbeiter, wie sie mit Ausnahme noch der Wojewodschaften Posen und Schlesien nirgends in Polen mehr bekannt sind. Schließlich müssen auch noch die Unterhaltskosten für die bedeutenden Investitionen, wie z. B. Deich- und Meliorationsverbände u.a.m., erwähnt werden.

Die von Natur armen pommerellischen Böden können ihre maximale Ertragsfähigkeit nur durch große Arbeits- und Kapitalaufwendung erhalten. Die Intensität der pommerellischen landwirtschaftlichen Betriebe, die sich auf bedeutende Kapitalanlagen verschiedenster Art stützen, konnte nur durch Sicherung einer entsprechenden Rentabilität aufrecht erhalten werden . . .

Die vorübergehende Konjunktur in den Jahren 1926—1929 und die sich günstig gestaltenden Exportmöglichkeiten reizten zu größeren Anlagen und bedeutenderen Investitionen. Daher bedingten alle Krisenfolgen, die am stärksten die Grundlagen der Rentabilität der landwirtschaftlichen Erzeugung erschütterten, bei gleichzeitig nur sehr langsamer Reduzierung der erwähnten Lasten, eine drückende und dauernd zunehmende Verschuldung der pommerellischen Landwirtschaft. Diese Verschuldung war eine drückendere als im übrigen Polen und war um so schwerer zu überwinden, je mehr die Möglichkeiten eines lohnenden Absatzes sowohl für landwirtschaftliche Erzeugnisse, als auch solche der landwirtschaftlichen Industrie fehlten."

Neben der Erfüllung dieser Aufgaben habe man nach dem Kriege auch bemüht sein müssen, dem Bauern polnischer Nationalität die Ausnutzung der landwirtschaftlichen Industrie zu gewährleisten. Daher lasse sich nicht nur eine Polonisierung solcher Institute wie die Molkereien feststellen, sondern auch eine Verbreiterung ihrer Grundlagen durch den Beitritt kleinerer Landwirte zu den Molkereigenossenschaften. Das Molkereiwesen, und insbesondere das genossenschaftliche, habe in den vergangenen 15 Jahren ein unverändertes Entwicklungstempo gezeigt. Andere Industriezweige, wie die Zucker- und die Kartoffelverarbeitungsindustrie, fanden keine günstigen Entwicklungsmöglichkeiten und stagnierten daher. Dagegen zeigt die in Pommerellen entstandene Baconsindustrie eine starke Entwicklungstendenz.

Hinsichtlich der Organisation der Landwirtschaft seien besonders zwei große Institutionen zu nennen: Erstens die bereits im Jahre 1920 geschaffene Pommerellische Landwirtschaftskammer, als oberste Organisation, um welche sich alle produktiven Kräfte sammelten, die sich die Förderung und den Ausbau der landwirtschaftlichen Kultur zum Ziele gesetzt hatten. Seit dem Jahre 1920 seien dann auch zahlreiche Zweckverbände gegründet worden, die durch die Landwirtschaftskammer geleitet worden seien, wie die Viehzuchtverbände für Rindvieh, Pferde, Schafe, Schweine und Kleinvieh, weiterhin die Gärtnerei-, Saatzucht- und die Vereinigung von Privatwaldbesitzern. Ziel dieser Organisationen sei die Verbreitung der Kenntnisse über die landwirtschaftlichen Errungenschaften und Fortschritte, sowie die sozialpolitisch wichtigen Fragen.

Die zweite große landwirtschaftliche Institution sei die Pommerellische Landwirtschaftliche Gesellschaft, als Nachfolgerin der bereits vor dem Kriege in großer Zahl bestehenden landwirtschaftlichen „Ringe", deren Hauptziel früher die Erhaltung des Polentums gewesen sei und heute die Förderung des sozialen Gedankens unter der Landbevölkerung. Diese „Ringe" sollten die kleinste organisatorische Zelle sein, durch welche der von der Landwirtschaftskammer geleitete sachliche und wirtschaftliche Gedanke den Landwirten zugeführt werden sollte.

Abschließend erwähnte der Verfasser noch die Schaffung des niederen landwirtschaftlichen Schulwesens. In den vergangenen 15 Jahren hätten rund 6000 Landjugend ihre Ausbildung nicht nur allein in sachlicher Hinsicht erhalten, sondern seien auch mit den Grundlagen der sozialen Arbeit auf dem Lande vertraut gemacht worden.

Im Anschluß an diesen Artikel gab der Leiter der Wirtschaftsabteilung der Pommerellischen Landwirtschaftskammer, Mag. J. Głębowicz, einen Überblick über die „Agrarkonjunktur Pommerellens im Querschnitt der letzten fünfzehn Jahre", der z. T. recht interessante Einzelheiten enthielt:

„Die landwirtschaftliche Erzeugung in Pommerellen verteilt sich in der folgenden Weise: unter Roggenanbau befinden sich 288 000 ha, unter Weizen- 45 000 ha, unter Gerste- 49 000 ha, unter Kartoffeln- rund 120 000 ha. Im Vergleich zum Jahre 1920 ist die Anbaufläche recht bedeutend vergrößert worden, denn im Jahre 1920 befanden sich unter Roggen ca. 220 000 ha und unter Weizen rund 30 000 ha. Der Gersteanbau trägt konjunkturellen Charakter und schwankte in den letzten 15 Jahren zwischen 38 000 ha und 50 000 ha. Lediglich die Zuckerrübenanpflanzung zeigt im Zusammenhang mit der Kontingentierung des Produktionsabsatzes eine Verringerung von 25 000 ha auf rund 12 000 ha.

Gleichzeitig mit der Vergrößerung der angebauten Fläche ist im Verlauf der letzten 15 Jahre eine Steigerung der Erträge je 1 ha bis zum Jahre 1930 einschließlich sichtbar. Aus den Zusammenstellungen des Hauptstatistischen Amtes ist ersichtlich, daß im Jahre 1923 der durchschnittliche Roggenernteertrag von 1 ha — 10,80 dz beträgt und im Jahre 1930 — 16,38 dz Weizen ergab im Jahre 1923 einen durchschnittlichen Ertrag von 17,60 dz von 1 ha und im Jahre 1930 — 18,12 dz von 1 ha. Es muß dabei erwähnt werden, daß im Jahre 1927/28, also im letzten Vorkrisenjahre, der durchschnittliche Weizenertrag in Pommerellen von 1 ha 20,86 dz betrug.

Im gleichen Maße läßt sich eine Ertragssteigerung bei der Gerste feststellen, denn im Jahre 1923/24 betrug die Ernte 16 dz von 1 ha und im Jahre 1930 — 19,24 dz von 1 ha. Diese Zusammenstellung ist der deutlichste Beweis für den Fortschritt der Landwirtschaft in Pommerellen, den selbst die Wirtschaftskrise nicht beseitigen konnte, wenn sie ihn auch stark gehemmt hat."

Bei dem Versuch, in der Wirtschaftsentwicklung Pommerellens während der letzten 15 Jahre einen Konjunkturzyklus festzustellen, kommt Verfasser zu dem Ergebnis, daß eine Abgrenzung von sechs Konjunkturphasen möglich sei. Die erste — der Konjunkturabstieg — von 1920—1924, zweitens die Depression von 1924 bis zur neuen Ernte 1925, drittens die Krise von 1925 bis zum August 1926 und eine fortgesetzte unbedeutendere Depression bis September 1926, viertens eine Besserung (Anstieg) vom September 1926 bis Ende 1928, fünftens das Eingehen in die eigentliche Krise bis zum Jahre 1929 und die Zeit der Krisendepression, die mit verschiedenartigen Phasen fast bis zum heutigen Tage andauern.

Auf die diesbezüglichen Ausführungen des Verfassers soll hier nicht weiter eingegangen werden, mit Ausnahme der letzten Krisenphase, in der sich die Landwirtschaft Pommerellens gegenwärtig befindet und die daher die augenblickliche Lage veranschaulicht.

Die Menge des jährlichen Getreideüberschusses in Pommerellen betrage im Durchschnitt 140 000 to und an Kartoffeln rund 200 000 to. Daher sei es verständlich, daß infolge der verschiedenen Absatzbeschränkungen, wie sie von den

Einfuhrländern in Anwendung gebracht würden, die pommerellische Landwirtschaft sehr stark von der Krise betroffen worden sei, was nicht nur eine ungeheure Senkung der Zahlungsfähigkeit, sondern auch eine Verringerung der Produktionskraft zur Folge gehabt habe.

Die Konjunkturentwicklung werde am besten charakterisiert durch eine Zusammenstellung der Durchschnittspreise für Getreide und Vieherzeugnisse:

Jahr	Weizen		Roggen		Kühe		Schweine	
	für 100 Kg.				für 100—120 Kg.			
	1. Juni	1. Okt.	1. Juni	1. Okt.	1. Juni	1. Okt.	1. Juni	1. Okt.
1925	35,—	22,90	28,50	16,50	139,—	157,—	117,—	149,—
1926	56,50	44,25	36,—	34,25	139,—	157,—	218,—	231,—
1927	54,75	47,—	51,—	37,75	169,—	174,—	208,—	238,—
1928	52,25	40,—	51,25	33,87	173,—	175,—	202,—	214,—
1929	40,50	38,—	23,50	52,12	158,—	149,—	226,—	253,—
1930	40,—	25,88	15,25	17,50	109,—	132,—	194,—	163,—
1931	32,—	20,—	28,38	22,28	85,—	87,—	94,—	115,—
1932	29,88	24,—	28,63	15,15	66,—	54,—	105,—	106,—
1933	31,50	20,25	16,87	14,62	56,—	58,—	95,—	103,—
1934	17,12	18,50	13,87	17,62	51,—	53,—	60,—	65,—

„Die Entwicklung der Krise hat sich auf die Landwirtschaft Pommerellens viel unangenehmer ausgewirkt als auf die landwirtschaftlichen Betriebe in anderen Wojewodschaften Polens. Dies hatte verschiedene Ursachen, von denen nur zwei genannt seien, und zwar: 1. die viel höhere Belastung des landwirtschaftlichen Betriebes mit verschiedenen Leistungen öffentlichen Charakters in Pommerellen als in anderen Wojewodschaften, 2. eine höhere Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe durch nichtorganisierten Kredit zu Investitions- und Produktionszwecken, die eine Amortisation in hohen Raten, hoch verzinslich und in verhältnismäßig kurzen Zeitabschnitten rückzahlbar, notwendig machte.

Die Ausgaben für die Sozialversicherungen bildeten eine sehr bedeutende Position im Haushaltsplan der landwirtschaftlichen Betriebe. Ein ha Ackerfläche war im Durchschnitt mit 10,56 Zł. für Sozialversicherungen belastet. Ebenso betrug die Belastung mit staatlichen, kommunalen und Steuern für öffentlich-rechtliche Institutionen rd. 39 Zł. auf 1 ha. Wenn wir die Zahlen der wirtschaftlichen Rechnungsführung der Berechnung zugrunde legen, so sehen wir, daß im Verhältnis zur Gesamtsumme aller Belastungen auf 1 ha Ackerfläche die Sozialleistungen 26,5 % ausmachten, die Kommunalabgaben 22,3 % und die staatlichen Steuern 39,4 %. Eine solche Belastung ist in anderen Wojewodschaften Polens nicht anzutreffen."

Das besonders langfristige Kreditproblem, welches für die intensive Landwirtschaft Pommerellens von außerordentlicher Bedeutung sei, habe trotz aller Bemühungen der Landwirtschaftskammer noch keine befriedigende Lösung gefunden. Die Hilfe, wie sie der Wojewodschaft Pommerellen, besonders den nördlichen Kreisen, von den staatlichen Banken zuteil geworden sei, sei zwar recht bedeutend, aber nicht ausreichend gewesen, weil sie nur Augenblickscharakter gehabt habe. Ihr Zweck sei es gewesen, den zu irgendeinem Zeitpunkt in Erscheinung tretenden Kreditbedarf zu befriedigen, dagegen sei es keine auf ein fernerliegendes programmatisches Ziel gerichtete Aktion gewesen. Die erteilten Spezial-Kredite aller Art, wie z. B. Saat- und Viehzucht-Kredite hätten sich zu drückenden Krisenelementen innerhalb der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe gestaltet, da die in Zeiten guter Konjunktur und hoher Preise gewährten Kredite aus den Einnahmen eines Wirtschaftsabschnittes nicht zurückgezahlt werden konnten. Hierin sei daher eine endgültige und günstige Regelung erforderlich. Die gegenwärtig eingeleitete Konversationsaktion der drückenden kurzfristigen Kredite auf einen längerfristigen Kredit löse dieses Problem noch nicht endgültig, wenngleich es eine gute Grundlage für die Schaffung entsprechender Bedingungen dieser Form des landwirtschaftlichen Kredites abgebe.

Die schließlich durch Wirtschaftsabkommen geregelte Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Danzig stütze sich auf Minimalkontingente und beschränke daher in starkem Maße die Absatzmöglichkeiten auf diesem Markte. Die Folge seien weitere Schwierigkeiten, für die Produktionsüberschüsse sowohl der an Danzig angrenzenden wie auch der wirtschaftlich dorthin tendierenden Kreise eine Absatzmöglichkeit zu finden.

Mit der Frage: „Danzig als Verbraucher landwirtschaftlicher Erzeugnisse" befaßt sich auch in einem besonderen Artikel der bekannte pommerellische Wirtschaftsführer und Leiter der Verteilungskommission für den Warenverkehr mit Danzig, **Dr. K. Esden-Tempski**.

Der gegenwärtige Warenverkehr zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig stütze sich auf eine Reihe im letzten Jahre geschlossener Wirtschaftsabkommen und insbesondere das Versorgungsabkommen. Es ist für zwei Jahre abgeschlossen und enthält für diese Zeit Reglementierungsbestimmungen Danzigs für eine Reihe landwirtschaftlicher Waren und akzeptiert die Danziger Preise für diese Waren, die über den polnischen Preisen liegen, bei gleichzeitiger Kontingentierung der Einfuhrmenge aus Polen, als Bedingung für die Erhaltung dieser höheren Preise. Die im Vertrage festgelegten Kontingente seien Mindestkontingente. Die entscheidende Bestimmung des Vertrages sei nämlich, daß Danzig sich verpflichtet habe, seinen gesamten Bedarf an den genannten Erzeugnissen nach Verbrauch der Eigenproduktion ausschließlich in Polen zu decken. Die Kontingente seien also gewissermaßen ein indirekter Einfuhrregler, der eine Reglementierung des Danziger Marktes gestatte und nicht die obere Einfuhrgrenze nach Danzig darstelle. Der Vorteil Polens aus diesem Vertrage liege somit in der Anteilnahme an den höheren Danziger Preisen, während Danzig dadurch seine Preise schützen könne, welche die Landwirte für ihre Waren erhielten.

Entscheidend für den Wert dieses Abkommens als auch die Dynamik seiner Auswirkung auf die Landwirtschaft Pommerellens sei daher die Aufnahmefähigkeit des Danziger Marktes als Konsument und die Höhe der möglichen Danziger Eigenproduktion.

Aus den von Esden-Tempski angestellten Berechnungen und gemachten Zahlenangaben seien nur die wichtigsten Daten wiedergegeben:

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Freistadtgebietes habe im Jahre 1933 — 141 168 ha betragen. Davon hätten sich unter Roggen rd. 12 750 ha befunden. Bei Annahme eines durchschnittlichen Ernteertrages von 16 dz von 1 ha kann die Gesamtroggenernte mit rd. 20 000 to angenommen werden. Davon wurden verwendet a) zur Aussaat 2000 to (zu 160 kg je 1 ha), b) Verbrauch der landwirtschaftlichen Bevölkerung und Deputat rd. 15 000 to (unter Annahme der gleichen Verbrauchshöhe wie bei der polnischen landwirtschaftlichen Bevölkerung), so daß c) ein Überschuß von rd. 3000 to verbleibe. Nehme man für den Roggenverbrauch der Stadtbevölkerung die gleiche Höhe wie in Polen, d. i. 138 kg je Kopf der Bevölkerung an, so würden zur Bedarfsdeckung von 336 000 Danzigern rd. 46 000 to Roggengetreide notwendig sein, so daß der Freien Stadt zur Ernährung der Bevölkerung rd. 43 000 to fehlten.

Die entsprechenden Zahlen für den Weizenanbau seien: besäte Fläche im Jahre 1933 = 23 947 ha; bei einem durchschnittlichen Ernteertrag von 20 dz je 1 ha ergebe das eine Weizenmenge von 47 000 to. Der Weizenverbrauch gliedere sich wie folgt:

a) zur Aussaat 3840 to (160 kg je 1 ha),
b) Verbrauch in der Landwirtschaft 6000 to,
c) Überschuß rd. 37 000 to.

Bei einem jährlichen Durchschnittsverbrauch der Stadtbevölkerung von 60 kg mache das rd. 21 000 to aus. Beim Weizen habe also Danzig einen Überschuß in Höhe von rd. 16 000 to. Wenn man annehme, daß der Roggenverbrauch teilweise durch Weizenverwendung ersetzt würde, so müßte unter Berücksichtigung der in der Danziger Statistik angegebenen jährlichen Weizenausfuhrmenge ein jährlicher Fehlbetrag an Brotgetreide von rd.

37 000 to angesetzt werden. Unter Berücksichtigung einer geringen Fehlerquelle können also mit einem jährlichen Fehlbetrag von 30—40 000 to Brotgetreide gerechnet werden, die somit aus Polen einzuführen wäre.

Hinsichtlich der Kartoffeln betrage die im Jahre 1933 angepflanzte Fläche 9 305 ha. Bei der Annahme eines durchschnittlichen Ernteertrages von 150 dz je 1 ha erhalte man als Gesamterzeugung rd. 139 000 to. Den Verbrauch setzt der Verfasser mit 4 dz je Kopf der Bevölkerung niedriger als in Polen an. Es ergebe sich somit ein Gesamtbedarf von 164 000 to. Darin seien nicht die zur Spirituserzeugung und Viehfütterung verwandten, sowie die verfaulten und Steckkartoffeln. Für die im Jahre 1933 erzeugte Spiritusmenge von 1 942 000 Liter setzt der Verfasser 10 000 to Kartoffeln an.

Somit ergebe sich allein für Verbrauchszwecke durch die Bevölkerung ein jährlicher Fehlbetrag von rund 35 000 to, während in den Verträgen als Mindesteinfuhr aus Polen 20 000 to vorgesehen worden seien.

In der weiteren Folge befaßt sich Esden-Tempski mit Danzigs Eigenerzeugung und -bedarf an Rindvieh, Schweinen und Kleinvieh. Der Rindviehbestand Danzigs auf den 1. Dezember 1933 habe 70 654 Stück betragen. Nehme man davon 10—12 % als schlachtfähig an, so erhalte man 7000—8000 Stück. Die Schlachtstatistik weise jedoch 13 000 Stück Großvieh aus. Die fehlende Spanne, die also von Polen ausgefüllt werden müsse, betrage rd. 5000 Stück, welche Zahl der polnischen Viehausfuhrstatistik nach Danzig entspreche.

Die fehlende Kälbermenge betrage ungefähr 7500 Stück jährlich.

Der Schweinebestand zum 1. Dezember 1933 habe auf dem Gebiete Danzigs 98 758 Stück (37 % mehr als 1932!) betragen. Bei einem Verbrauch von 44 kg Schweinefleisch je Kopf der Bevölkerung (unter Außerachtlassung der Reisenden und der Schiffsversorgung) benötige Danzig bei einem Durchschnittsgewicht der Schweine von 110 kg rd. 163 200 Stück. Die statistisch erfaßte Einfuhr aus Polen habe im Jahre 1933 — 93 000 Stück betragen.

Aus diesen Zahlen gehe eindeutig hervor, daß Danzig weder die natürlichsten Bedingungen noch die Möglichkeit habe, um die Eigenerzeugung bis zur Selbstversorgung steigern zu können. Wenn unter diesen Umständen auch damit gerechnet werden dürfe, daß dieser Zustand sich nicht in absehbarer Zeit entscheidend ändern könne, so sei andererseits auch eine vorsichtige Beurteilung der Aufnahmefähigkeit des Danziger Marktes dringend anzuraten.

Konstanty Ceceniowski, der Leiter der Abteilung Landwirtschaft und Agrarreform beim Wojewodschaftsamt für Pommerellen, behandelt den „Umbau der Agrarstruktur in Pommerellen". Verfasser weist einleitend darauf hin, daß die kurze Zeitspanne seit der Wiedervereinigung Pommerellens mit Polen für dieses Gebiet durch eine große Leistung hinsichtlich des Umbaues der Agrarstruktur gekennzeichnet sei.

„Man hat nämlich in dieser Zeit 62 671 ha Boden parzelliert und daraus 5 985 selbständige und ergänzte Siedlungen geschaffen. Im Vergleich zu der Zahl der Vorkriegssiedlungen, die für Pommerellen 7 001 betrug, bedeuten die Ergebnisse der polnischen Parzellierungsaktion einen bedeutenden Arbeitserfolg und besonders, wenn man die geringen Mittel berücksichtigt, über die der Staat für diesen Zweck verfügt . . .

Wie bei allen Reformen, die in großem Stile durchgeführt werden, so sind auch bei der Agrarreform in ihrem Anfangsstadium hier und da Fehler gemacht worden. Die ungenügende Einschätzung der Notwendigkeit einer Koordination von sozialen und wirtschaftlichen Bemühungen — was eine unerläßliche Bedingung für die entsprechende Verbesserung der Agrarreform ist — ermöglichte dann und wann die Entstehung wirtschaftlich, vor allem hinsichtlich ihrer Größe, nicht genügend ausgestatteter Siedlungen. Solche falsch eingerichteten Siedlungsbetriebe erwiesen sich in der Folge dann gar nicht oder nur sehr wenig produktiv. Das Leben der Siedler auf solchen Wirtschaften war schwer, und damit hat die Agrarreform in diesen Fällen ihr hauptsächliches Ziel verfehlt . . .

Der Wendepunkt zum Besseren war, wie in vielen anderen Angelegenheiten das Jahr 1926, und die folgenden Jahre brachten schrittweise eine weitere Vervollkommnung.

Es genügte das Bewußtsein, daß eine richtig durchgeführte Agrarreform sich nicht mit der Aufteilung der Großbesitze in kleinere Objekte begnügen dürfe, sondern auch um deren Unterhaltung und sogar Hebung des Kulturstandes der parzellierten Flächen und deren Siedler bekümmert sein müsse, damit eine Organisierung der Parzellierungsarbeit möglich sei, welche die bisher gemachten Fehler vermeiden lasse . . .

Die staatlichen Behörden nämlich, zu deren Aufgabenbereich die Technik der Bodenaufteilung gehörte, ließen sich bei der Konstruktion der Siedlungen vom Grundsatz der zweckmäßigsten Größe des Einzelbetriebes in Abhängigkeit von der Bodengüte, Arbeitskräfte und anderen Wirtschaftsbedingungen leiten. Die Sorge um die Bebauung der Siedlung und die Ausstattung des Siedlers mit dem notwendigen Inventar, Geräten und Saatgut gestattete eine sofortige Inbetriebnahme der Wirtschaft. Bei der Besäung des Bodens, der später den Siedlern zugewiesen werden sollte, berücksichtigte man nicht nur den normalen Bedarf des zukünftigen selbständigen Siedlungsbetriebes, sondern man führte sie zugleich mit dem Gedanken durch, dem zukünftigen Bewirtschafter den größtmöglichen Nutzen dadurch zu bringen, daß man den Acker nur mit einer Getreidesorte besäte, was einen von mehreren Siedlern gleichzeitigen waggonweisen Getreideabsatz ermöglichte. Mit dem gleichen Ziele sind die Viehhaltung und die Gartenbewirtschaftung in den Siedlungen eingeführt worden.

Ein wichtiger Faktor, der die Entwicklung der geschaffenen Siedlungen beeinflußt, ist der Siedlungsinstruktor der Pommerellischen Landwirtschaftskammer, der gleichzeitig mit der Übernahme der Siedlung durch den Siedler bei diesem erscheint, ihm fachliche Ratschläge erteilt, wie er die Wirtschaft einzurichten und zu führen habe und wie die Erzeugung den klimatischen Absatzbedingungen u. a. m. entsprechend eingestellt werden könne. Dank diesem wird der unerfahrene Siedler gegenwärtig vor Verlusten bewahrt, und sein Wirtschaftsbetrieb hält sich von Anfang an auf einer entsprechenden Kulturhöhe . . . .

Der dritte Faktor schließlich, der sich mit dem Siedler befaßt, ist die Pommerellische Landwirtschaftliche Gesellschaft. Sie faßt die Siedler organisatorisch in ihrer besonderen Siedlungssektion zusammen, vertritt ihre Berufsinteressen und vermittelt ihnen durch Fachkräfte auf Versammlungen und in ihren landwirtschaftlichen Ringen die allgemein notwendige Bildung."

Alle diese staatlicherseits unternommenen Bemühungen lassen ausgezeichnete Ergebnisse erwarten, die um so größer sein würden, je mehr die Siedler selbst die ihnen dargebotenen Möglichkeiten entsprechend beanspruchen und mitarbeiten würden.

Im engen Zusammenhang mit diesen Ausführungen des pommerellischen Siedlungsleiters stehen zwei weitere Artikel, die sich mit der Organisation der Landwirtschaft und dem Finanzproblem im Siedlungswesen befassen, zur Seite.

In dem ersten dieser beiden Artikel gibt der Vorsitzende der Pommerellischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft, Leo Czarliński, einen Überblick über „das 86. Arbeitsjahr der organisierten pommerellischen Landwirtschaft". Bei einer eingehenderen Behandlung dieses Themas und insbesondere der Frage, was in den letzten 15 Jahren geleistet wurde, wäre es notwendig, weiter zurückzugreifen, weil das nach dem Kriege im freien Polen Geleistete auf der Arbeit von mehr als zwei Generationen aufgebaut sei. Denn der Beginn einer landwirtschaftlichen Organisationsbewegung reiche bis 1849 in die Zeit des „Völkerfrühlings" zurück! Damals seien auch in Pommerellen die ersten landwirtschaftlichen Gesellschaften und Ringe entstanden, die durch ihre Jahrzehntelange unermüdliche Arbeit die Basis für die Entwicklung der jetzigen Pommerellischen Land-

wirtschaftlichen Gesellschaft abgaben. Damals sei es der Geist der nationalen Besonderheit gewesen, der die Arbeit gefördert habe, während diese in den letzten 15 Jahren im Zeichen des wirtschaftlichen Arbeitswetteiferns gestanden habe.

Mit dem Augenblick der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit hätten sich die Wirtschaftskreise der schwierigen Aufgabe gegenübergestellt gesehen, ihre Erzeugung den völlig veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen anzupassen. Die auftretenden Schwierigkeiten hätten sich besonders auf dem Abschnitte der Preise für landwirtschaftliche Produkte und von Absatzmöglichkeiten für denselben konzentriert.

In dieser Lage seien es einerseits die freiwilligen landwirtschaftlichen Organisationen und andererseits die junge landwirtschaftliche Selbstverwaltung Pommerellens gewesen, die alle ihre Kräfte daran setzten, um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Es habe nicht mehr die Möglichkeit bestanden, für den Absatz im Inneren eines Industrielandes zu produzieren, sondern die Produktionsüberschüsse sollten in Zukunft ausgeführt werden, so daß also der Landwirt seine Erzeugung habe umstellen und veredeln müssen nach den Wünschen des ausländischen Abnehmers und des neuen inländischen Verbrauchers.

Um dieses Ziel zu erreichen, sei die Landwirtschaft noch zu schwach organisiert und außerdem unter mehreren Organisationen mit beinahe denselben Zielen aufgeteilt gewesen. Zur Stärkung und Förderung der gemeinsamen Arbeit sei deshalb im Jahre 1924 im Rahmen der Pommerellischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft der Zusammenschluß des Patronats der Pommerellischen Landwirtschaftlichen Ringe und der Vereinigung der Agrarproduzenten Pommerellens erfolgt.

Mit diesem Augenblick habe eine starke Aufwärtsentwicklung der Pommerellischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft eingesetzt, deren Bestand an Beitrag zahlenden Mitgliedern von rund 2000 im Jahre 1924 auf über 20 000 im Jahre 1935 angestiegen sei, trotz der vorübergehenden starken Schrumpfung der Mitgliederzahl im Jahre 1931 infolge der Krise. In der gleichen Zeit sei die Zahl der Landwirtschaftlichen Ringe, als der Grundelemente einer Sammelarbeit in der Landwirtschaft von 149 im Jahre 1924 auf 567 zum 1. Februar 1935 angestiegen. Als Beweis für die Arbeit, die von diesen Ringen geleistet werde, führt der Verfasser die Zahlen für die im Jahre 1928/29 (also noch in einer Zeit guter Konjunktur!) durch die Ringe getätigten Masseneinkäufe an: Kunstdünger 141 720 dz, Kohle 170 450 dz, Kraftfutter 9 800 dz u. a. m.

Von diesem Jahre an seien die Mengen dieser gemeinsamen Warenbezüge geringer geworden, dagegen habe die allgemeine Bildungs- und Wirtschaftsarbeit noch weiterhin gesteigert werden können. Im gleichen Jahre 1928/29 hätten nämlich die Landwirtschaftlichen Ringe 198 Bibliotheken besessen und 50 Zweckverbände geführt.

Von Anfang an habe zu den Hauptaufgaben der Landwirtschaftlichen Ringe auch die Absatzorganisation nach genossenschaftlichen Grundsätzen gehört. Infolge der Verbreitung der genossenschaftlichen Ideen in Pommerellen habe die Pommerellische Landwirtschaftliche Gesellschaft die Initiative ergriffen, um in Pommerellen einen selbständigen genossenschaftlichen Revisionsverband zu gründen. Dieser Vorschlag habe die Billigung der Warschauer Zentrale gefunden, und auf diese Art sei in Pommerellen der Revisionsverband der Landwirtschaftlichen Genossenschaften entstanden. Eine weitere an die Zentralbehörden gerichtete Anregung, in Pommerellen auch eine selbständige Filiale der Staatlichen Agrarbank zu errichten, habe schließlich ebenfalls seine Verwirklichung gefunden.

Die einsetzende Krise wirkte sich auch stark auf die Arbeit der landwirtschaftlichen Organisationen aus, so daß diese infolge der stark verminderten Beitragseingänge zu einem umfangreichen Abbau ihrer fachlichen und Verwaltungskräfte hatten schreiten müssen. Die Folge davon sei die Überlastung der noch vorhandenen Kreisbüros gewesen. Um den Ansprüchen jedoch möglichst weitgehend gerecht zu werden, habe die Pommerellische Landwirtschaftliche Gesellschaft im Jahre 1933/34 durch ihre Kreisinstruktore die Leitung der 16 Kreisbüros für Finanz- und Agrarfragen übernommen.

Die Zeit der größten organisatorischen Apathie sei auf die Jahre 1931—33 entfallen, bis schließlich die Pommerellische Landwirtschaftliche Gesellschaft die Parole zu neuer Arbeit gegeben habe und nach Durchführung einer inneren Reorganisation auch 16 Kreisbüros zu selbständigen landwirtschaftlichen Kreis-Gesellschaften gemacht habe.

Seit dieser Zeit habe ähnlich wie im Jahre 1920 erneut eine verstärkte Arbeit innerhalb der Pommerellischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft eingesetzt. Dabei seien engere Beziehungen zur Pommerellischen Landwirtschaftskammer aufgenommen worden, um eine größere Zusammen- und gegenseitig sich ergänzende Arbeit zu gewährleisten. Außerdem habe eine Fusion zwischen der Pommerellischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft und dem Pommerellischen Siedlungsverband stattgefunden, und gegenwärtig würden zu dem gleichen Zweck auch Verhandlungen mit dem Pommerellischen Gutsbesitzerverband geführt, die man noch im laufenden Haushaltsjahr zu einem positiven Ergebnis hoffe führen zu können, um so innerlich weiter gestärkt mit vermehrter Kraft für das Wohl der Landwirtschaft Pommerellens arbeiten zu können.

Die so überaus wichtigen „finanzrechtlichen Probleme des pommerellischen Siedlungswesens in der Zeit von 1920—1935“ wurden in kurzer und übersichtlicher Form von dem Direktor der Pommerellischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft, Dr. A. Zakrzewski, charakterisiert.

Während die polnische Bevölkerung Pommerellens vor dem Kriege sich verständlicherweise jeder preußisch-staatlichen Siedlungsarbeit ablehnend gegenüber verhalten habe, habe dieser Zustand im Augenblick der Wiedererstehung Polens seine vollständige Umkehr erfahren. Denn indem alle bis dahin geltenden Kolonisationsgesetze weiterhin in Kraft geblieben seien, hätten sie nunmehr ihre Schneide automatisch gegen das nichtpolnische Bevölkerungselement gerichtet.

Daher habe mit dem Jahre 1920 das Siedlungsproblem Pommerellens in der Arbeit der Ringe und landwirtschaftlichen Organisationen überhaupt außerordentlich an Bedeutung gewonnen. Als neues und auch gewandtes Bevölkerungselement, das aber fachlichen und besonders rechtlich-finanziellen Schutz und Rat benötigte, hätten sich die Siedler in geschlossener Masse um die Pommerellische Landwirtschaftliche Gesellschaft geschart, die ihren Schutz und die fachliche Vertretung ihrer Interessen übernommen habe. In der ersten Zeit sei dies in keiner besonderen organisatorischen Form geschehen, doch bereits im Jahre 1925 sei auf einer Hauptversammlung der Pommerellischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft der Beschluß gefaßt worden, eine besondere Siedlungskommission bei der Pommerellischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft ins Leben zu rufen, was dann auch bald darauf geschehen sei. Die in dieser Richtung hin geleistete Arbeit habe dann weitgehende Unterstützung der maßgeblichen Stellen gefunden und in starkem Maße zur Ordnung des gesamten Siedlungsproblems beigetragen.

„Wenn man einen Blick auf die verschiedenartigen Siedlungskategorien wirft, so kann man in Pommerellen zwei grundsätzliche Gruppen unterscheiden, die in rechtlich-finanzieller Hinsicht eine große Ähnlichkeit kennzeichnet, und zwar die deutsche Siedlung aus der Parzellierung von vor dem Jahre 1920, zu welcher Gruppe die Renten-, Annullations-, Liquidations- und Vertragssiedlungen gehören und die Siedlung aus der polnischen Parzellierung, welche die staatliche Siedlung, die Siedlung der Staatlichen Agrarbank und die Privatsiedlung umfaßt. Das charakteristische Moment der ersten Gruppe sind die auf den Siedlungen lastenden Renten verschiedener Herkunft und die Notwendigkeit der Regulierung einer ganzen Reihe von Fragen, die mit dem Zeitpunkt und der Art der Erwerbung und Abzahlung dieser Renten im Zusammenhang stehen, während zum Hauptproblem der zweiten Gruppe schon in den Krisenjahren die Frage der Ermäßigung der Restkaufgeldsumme und die der Zerlegung deren Bezahlung auf eine möglichst lange Reihe von Jahren wurde.

Im Verhältnis zu der Gruppe der deutschen Siedlungen fällt vor allem die Verschiedenartigkeit der Probleme und Rechtszustände in Verbindung mit ihrer Erwerbung auf, als auch die Regulierung der auf ihr lastenden Verpflichtungen. Die zahlreichste Gruppe bilden in erster Linie die gewöhnlichen Rentensiedlungen, die mit Renten der früheren Kolonisationskommission und der früheren Bauernbank belastet sind. Diese Renten sind durch das Aufwertungsgesetz von 1924 überaus hoch valorisiert worden, und außerdem sind während der Inflationszeit mit diesen Siedlern Zusatzverträge abgeschlossen worden, die diese Renten erhöhten, was viel Erregung und Mißverständnisse zur Folge hatte und dem Staatsfiskus nahezu kein finanzielles Äquivalent gab. Weiterhin wurden bei den Annullationssiedlungen die von den sog. Zwangsverwaltern als ein Drittel des Kaufpreises eingezahlten Markbeträge nicht in Anrechnung gebracht; — bei den Liquidationssiedlungen begann man von den Erwerbern die von den vorherigen deutschen Besitzern nicht entrichteten Rentenrückstände einzuziehen, trotz der gegenteiligen Versicherungen der Liquidationsbehörde in Posen, mit der der Siedler den Kauf- und Verkaufvertrag abschloß. Den Vertragssiedlern versagte man schließlich die Anerkennung der Markverträge über den Erwerb der Siedlung in der Zeit der Devalvation usw. usw. Zu diesen verschiedenen Schwierigkeiten gesellten sich noch weitere im Zusammenhang mit der Zinszahlung, die Höhe der Amortisationsraten, Neueinschätzungen u. a. m.

Für diese Siedlungsgruppen wurde zum Wendepunkt in der Regelung dieser verschiedenartigen und verzwickten Fragen das Jahr 1926. Zuerst wurde die Rentenaufwertung auf 75 %, dann auf 43 % und schließlich im Jahre 1933 für einen Teil der Siedler auf 21 % der Umrechnungsskala des Aufwertungsgesetzes ermäßigt. Außerdem erledigte man die Frage der Zusatzverträge durch Anrechnung der zuviel gezahlten Beträge auf die laufenden Raten. Weiterhin wurden die Markverträge anerkannt und die in den Grundbüchern erneut festgesetzten erhöhten Restkaufgeldbeträge gelöscht, und ebenso wurden die Annullationssiedlungen teilweise dadurch erledigt, daß man die eingezahlten Markbeträge denjenigen Siedlern als ein Drittel der Restkaufgeldsumme anrechnete, die sich durch entsprechende Urkunden und Bescheinigungen ausweisen konnten. Außerdem wurde ihnen die Möglichkeit einer Neueinschätzung gegeben und schließlich die Frage der Liquidationssiedlungen teilweise geregelt.

Von dieser Problemgruppe ist bei so weitgehenden Ermäßigungen durch staatliche Faktoren noch die Frage der möglichen Erweiterung der Rentenaufwertung auf 21½ % für alle Rentensiedler offen geblieben, sowie die Unterlassung weiterer Abzüge alter Rentenrückstände, die noch auf den von der Liquidationsbehörde erworbenen Liquidationssiedlungen durch die Schuld dieser Behörde lasten. Für jeden Fall muß jedoch anerkannt werden, daß die Angelegenheiten des nachdeutschen Siedlungswesens in den Hauptpunkten im Verlauf der letzten Jahre geregelt worden sind.

Was die polnische Parzellierung anbetrifft, so beschränkt sich hierbei das Problem auf die unbedingte Notwendigkeit, die auf diesen Siedlungen lastenden Restkaufgeldsummen herabzusetzen, weil infolge des katastrophalen Preissturzes für Boden und Bodenerzeugnisse es den Siedlern unmöglich war, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. In Anerkennung der Notwendigkeit nach den von den landwirtschaftlichen Organisationen aufgezeigten Linie zu handeln, begannen die staatlichen Faktoren auf Grund des Gesetzes von 1933 mit der Neubewertung der aus der staatlichen Parzellierung hervorgegangenen Siedlungen, ohne jedoch vorläufig irgendwelche Rechtsnormen festzusetzen, die eine Herabsetzung der Restkaufgeldsummen bei denjenigen Siedlungen ermöglichen würden, die aus der Privatparzellierung und derjenigen der Staatlichen Agrarbank stammen. Erst die Gesetze vom Oktober 1933 erledigten diese Angelegenheit generell, indem sie die Herabsetzung der Restkaufgeldsummen aller Siedlungen aus der polnischen Parzellierung grundsätzlich auf der gleichen Grundlage der Neueinschätzung bestimmten. Auf diese Art hat das brennende Problem dieser zweiten Gruppe der Siedlungsfragen eine rechtliche Regulierungsbasis gefunden.

So ist nach dem Jahre 1926 im Sinne der Forderungen der landwirtschaftlichen Organisationen eine schrittweise Erledigung der Fragen des deutschen Siedlungswesen erfolgt, und außerdem sind während der letzten Jahre einheitliche Rechtsnormen für die Ordnung der Finanzfragen des polnischen Siedlungswesens geschaffen worden."

Diese Arbeiten seien daher ein Beweis einerseits für die weitgehende Fürsorge der staatlichen Stellen für das Los des pommerellischen Siedlungswesens und andererseits, daß auch die landwirtschaftlichen Organisationen ihre Aufgabe erfüllt haben. Für die Zukunft stehe nunmehr aber noch eine weitere große Aufgabe vor der Pommerellischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft, und das sei die vollständige Assimilierung und das Aufgehen des neuen Siedlungselementes in der alteingesessenen Landbevölkerung Pommerellens, damit der Begriff „Siedler" seinen heute noch teilweisen unschönen Klang verliere.

Zur Erhaltung des polnischen Besitzstandes sowie zur Förderung des polnischen Lebens überhaupt in Pommerellen vor dem Kriege habe in hervorragendem Maße das polnische Genossenschaftswesen beigetragen. Wie der Direktor des Revisionsverbandes der Landwirtschaftlichen Genossenschaften in Thorn, Jan Bielecki in dem Artikel: „Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Pommerellen im Verlauf der letzten 15 Jahre" betont, habe das pommerellische Genossenschaftswesen dem nationalen Wirtschaftsleben des jungen Polnischen Staates außer den moralischen Werten auch sehr bedeutende materielle Werte mit eingebracht. Dazu sei die Kapitalsumme von 67 Millionen Goldmark der 71 Genossenschaften zu rechnen, welche sich gliederten in: 54 Volksbanken, 11 „Landwirte", 2 Gutsbesitzergenossenschaften, 4 „Kaufleute" (Lebensmittel- und Manufakturwaren-G.) mit einer eigenen Finanzzentrale unter dem Namen: Bank des Verbandes der Erwerbsgenossenschaften.

Nach der Wiedererrichtung des eigenen Staatswesens hätten sich die Entwicklungsmöglichkeiten der Genossenschaften und der Bedarf nach ihnen um ein vielfaches gesteigert.

In der Zeit der staatlichen Unfreiheit habe es genügt, daß Posen auch der Mittelpunkt des polnischen kulturellen und sozialwirtschaftlichen Lebens auch für Pommerellen mit gewesen sei und dementsprechend seine Tätigkeit hierher erstreckt habe. Dies habe sich jedoch mit der Rückkehr zu Polen entscheidend geändert.

Daher hätten sich die landwirtschaftlichen Ringe durch die Gründung der Pommerellischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft zunehmend verselbständigt, weiterhin sei auch der Pommerellische Verband der Gutsbesitzer entstanden.

„Alle diese landwirtschaftlichen Organisationen fanden ihre moralische und praktische Unterstützung in der Pommerellischen Landwirtschaftskammer.

Nach dem Vorbild der genannten Institutionen und durch deren Initiative entstand eine selbständige Organisation des polnischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens für Pommerellen in Gestalt des Revisionsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Thorn, die ihre Tätigkeit als Pommerellische Abteilung des Revisionsverbandes der Landwirtschaftlichen Genossenschaften in Krakau am 1. 4. 1925 aufnahm. Die Verselbständigung der Abteilung erfolgte im Jahre 1927. Dank der Gründung eines selbständigen Patronats für das pommerellische landwirtschaftliche Genossenschaftswesen erfolgte eine bedeutende Belebung auf diesem Abschnitt der sozial-wirtschaftlichen Arbeit."

Die durch Krieg und Inflation verarmte Bevölkerung habe sich wieder dem altbewährten Selbsthilfemittel, wie es das Genossenschaftswesen darstellt, zugewandt. „Gegen Ende des Jahres 1933 zählten wir in der Wojewodschaft Pommerellen 237 Genossenschaften mit einem Um-

satzkapital von 41,2 Millionen Złoty. Im Verlauf von 13 Jahren freien Staatslebens ist somit die Zahl der Genossenschaften um mehr als das Dreifache angestiegen, obgleich ihr Umsatzkapital noch nicht die Summe von 1914 erreicht hatte.

Mit dem Jahre 1925 begann man in Pommerellen Spar- und Darlehnsgenossenschaften des Raiffeisentyps unter dem Namen von Stefczyk-Kassen zu gründen. Gegen Ende des Jahres 1934 gab es in Pommerellen 86 solcher Stefczykkassen."

Die Gründung dieser Organisationen sei durch die sozialwirtschaftlichen Wandlungen, die sich in Pommerellen nach der Eingliederung in Polen vollzogen hatten, bedingt gewesen. Vor allem sei es das besonders aus anderen Teilen des Landes kommende finanziell schwache Siedlerelement der durch die Landparzellierung neugeschaffenen Siedlungen gewesen, das sich um diese Institute geschart habe, um dort Hilfe zu finden. Denn trotz der verhältnismäßig großen Anzahl der vorhandenen Volksbanken hätten sich diese jedoch nicht als ausreichend erwiesen.

Die polnischen Spar- und Darlehnsgenossenschaften (sowohl die Volksbanken als auch die Stefczykkassen) hätten gegenwärtig in ihrer Arbeit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, weil ihre Kapitalien in der Hauptsache bei den landwirtschaftlichen Darlehnsnehmern festgefroren seien und sie selbst nicht über genügend flüssige Reserven zur Auszahlung der gekündigten Einlagen verfügten.

Durch die gegenwärtig sich in der Durchführung befindliche Konversion der landwirtschaftlichen Verschuldung auf die Akzeptationsbank und infolge der Möglichkeiten, durch die Genossenschaften flüssigen Kredit zur Rückzahlung der Einlagen zu erhalten, sei auf eine Besserung der Finanzlage innerhalb der Spar- und Darlehnsgenossenschaften für die nächste Zeit zu rechnen. Ein Teil dieser Genossenschaften sei jedoch infolge ihrer Liquidation schon für das Wirtschaftsleben verloren gegangen.

„Von den vorhandenen 30 polnischen Molkereigenossenschaften — nach dem Stande vom 31. 12. 1933 — sind 19 in der Zeit von 1920—1933 als neue Genossenschaften entstanden, während die übrigen 11 polonisiert wurden. Es ist dies für die Zeit der staatlichen Unabhängigkeit als bedeutender Erfolg anzusehen. Wir sind jedoch noch weit entfernt von der völligen Beherrschung dieses Zweiges des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Die Wirtschaftskrise, der Mangel an genügenden eigenen Kapitalien, als auch der allzu teure Anlagekredit sowie in einzelnen Fällen ein zu geringes genossenschaftliches Bewußtsein der Mitglieder hatten den Zusammenbruch eines Teiles der Molkereigenossenschaften in Pommerellen zur Folge . . .

Keines Erfolges können wir uns rühmen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften, der sog. „Landwirte" und der landwirtschaftlichen Handelsgesellschaften . . . Die Bestätigung des ungünstigen Standes auf dem Gebiete der Organisation des Ein- und Verkaufs landwirtschaftlicher Erzeugnisse finden wir in den Angaben über die an den wichtigsten Punkten getätigten Verkäufe von Kunstdünger aus der Produktion von Mościce und Chorzow. Von der Gesamtzahl von 60 Verkaufspunkten befinden sich in polnischen Händen 26, dagegen in deutschen Händen 34, wovon auf deutsche Genossenschaften 26 Verkaufspunkte entfallen. Von den 26 polnischen Verkaufspunkten entfallen kaum 9 auf landwirtschaftliche Handelsgenossenschaften. Dies ist ein eindeutiger Beweis, wieviel uns in Pommerellen hinsichtlich der Ein- und Verkaufsorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu tun übrig bleibt.

Zieht man eine Bilanz der genossenschaftlichen Entwicklung in der Zeit von 1920—1933 (die Angaben für 1934 fehlen noch), so muß betont werden, daß wir bis zum Jahre 1929 einschließlich Zeugen eines zahlenmäßigen Anwachsens der Genossenschaften, Mitglieder, Kapitalien und Umsätze waren."

Trotz der verheerenden Krise, die auch einen bedeutenden Prozentsatz der Genossenschaften vernichtet habe, fehle es auch heute nicht an einem bedeutendem Vorrat moralischer und materieller Kräfte für die Genossenschaftsidee.

Die Erneuerung und weitere Entwicklung des pommerellischen Genossenschaftswesens hänge vor allem von der Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Produktionsrentabilität ab, weil die Genossenschaften zur Ausführung der wirtschaftlichen Funktionen der Landwirtschaft berufen seien. Schließlich müsse auch noch die Bildung eines das gesamte polnische Staatsgebiet umfassenden Revisionsverbandes unter dem Namen: „Verband der Landwirtschaftlichen und der Erwerberwirtschaftlichen Genossenschaften der Republik Polen" an Stelle der bisher bestehenden 9 Verbände, als eine positive Erscheinung für Pommerellen gewertet werden.

Mit diesem Artikel schließen die die Landwirtschaft im allgemeinen und ihre Organisation betreffenden Ausführungen. Was außerdem noch über landwirtschaftliche Fragen gesagt wurde, betrifft nur noch einzelne Produktionszweige wie die Baconerzeugung, Viehhaltung und Vieherport, Brauerei- und Müllereigewerbe, landwirtschaftliche Maschinenindustrie u. a. m. Bei diesen wie den nachfolgenden Artikeln über Industrie- und Handelsfragen werden wir uns darauf beschränken müssen, nur die wichtigeren Momente herauszugreifen.

Die Baconindustrie, welche sich dank ihrer günstigen Verkehrslage und der höheren Viehgattungen besonders in Pommerellen gut entwickelt habe, sei durch ihre vor allem nach England gehende Ausfuhr für dieses Gebiet ein Ersatz für die früheren Fleischwarenlieferungen nach dem Innern des Deutschen Reiches in der Zeit vor dem Kriege und zum Teil auch noch bis zum Ausbruch des Zollkrieges.

Die ersten Versuche des Baconexportes aus Pommerellen gehen auf das Jahr 1924 zurück. Die einzelnen Verarbeitungsanlagen seien jedoch noch nicht zur Herstellung von erstklassiger Ausfuhrware geeignet gewesen, so daß die ersten Sendungen durch ihre geringe Güte die auf dem englischen Markte unternommenen Absatzversuche in starken Mißkredit gebracht hätten. Ebenso habe sich die mangelnde Stetigkeit der Sendungen sehr nachteilig auf den Bedarf und den Preis für die polnischen Bacons ausgewirkt. Weitere Mängel seien der Spekulativcharakter dieses Industriezweiges, die Uneinheitlichkeit und Klassifikation der Ware sowie die nicht immer befriedigende Verpackung derselben gewesen.

Einerseits sei es dann die Ende 1929 eingeführte Prämiierung des Baconexportes aus staatlichen Fonds in der Form von Vergütungen der Exportverluste und andererseits die im Jahre 1930 eingeführten Standardisierungsbestimmungen für Bacons und Schinken gewesen, die wesentlich zur Beseitigung der hauptsächlichsten Mängel sowie zur Eliminierung derjenigen Produktionsstätten, die ihrer Aufgabe nicht voll gerecht wurden, geführt hätten.

Auch hinsichtlich des Schweinematerials sei der Pommerellische Viehzüchterverband sehr bemüht gewesen durch Einführung von Zuchtställen und Anschaffung von Zuchtebern die Güte der Ware zu verbessern. Besonders seit 1931 seien durch Gewährung von bedeutenden Unterstützungen zu Züchterzwecken und mit Hilfe der Landwirtschaftskammer in dieser Richtung schöne Erfolge erzielt worden. Lediglich die Frage der Schweinelieferung und des Viehankaufs habe noch recht viel zu wünschen übriggelassen und sei auch heute noch nicht befriedigend gelöst.

„Im Jahre 1933 ist mit Unterstützung staatlicher Faktoren vom Polnischen Baconverband eine besondere Vorschrift für die direkte Zustellung von Lebendtieren erlassen worden. Danach erhalten die Mitglieder der Produzentenringe für lebende Baconware, die direkt zu den Verarbeitungsstätten zugestellt werden, einen grundsätzlich über dem Marktpreise liegenden Preis und eine Prämie, deren Höhe von der Güte der zugestellten Ware abhängt. Diese Prämien werden aus staatlichen Fonds gezahlt, die für die Exportförderung bestimmt sind.

Bedauerlicherweise sind die Baconfabriken gegenwärtig nur zur Abnahme auf Grund der erwähnten Bedingungen von 50 % ihres Bedarfes an lebender Ware verpflichtet. Beim Ankauf der restlichen 50 % ihres Verarbeitungsbedarfes herrschen Ver-

hältnisse, die man nicht als geregelt ansehen kann. Trotz der sehr hohen Baconpreise auf dem englischen Markte erhalten die Produzenten für ihre gelieferte Lebendware Preise, die noch nicht einmal ihre Erzeugungskosten decken."

Durch die Einführung des Kontingentierungssystems in der Einfuhr seitens Englands hätten sich die Baconpreise seit 1933 auf einer beachtlichen Höhe gehalten, während dagegen die Preise für die lebende Ware dauernd weiter zurückgegangen seien. Trotz der sich immer schwieriger gestaltenden Absatzbedingungen habe die große Spanne zwischen den Bacon-Preisen in England und den Schweinepreisen in Polen zur Folge gehabt, daß die Baconsfabriken sich unverändert gut rentierende Unternehmungen gewesen seien. Diese Unverhältnismäßigkeit der Preise habe in den von der langandauernden Krise stark bedrückten Landwirtschaftskreisen große Erregung hervorgerufen, und man verlange daher dringend ein baldiges regelndes Eingreifen der staatlichen Faktoren um diese zweifellose Benachteiligung der eigenen Landwirte auszuschalten.

Über die Zukunft der polnischen Baconindustrie lasse sich nur schwer etwas sagen, weil einerseits die zunehmenden englischen Einfuhrbeschränkungen sie zu starken Einschränkungen gezwungen habe, andererseits aber diese Industrie durch Erweiterung ihrer Produktionsfähigkeit und teilweisen Umstellung diese Lücke auszufüllen hoffe.

Die verschiedenen Versuche, die Fleisch-, insbesondere Schweineausfuhr nach anderen Absatzmärkten, teilweise sogar nach Übersee zu lenken, hätten im allgemeinen bisher nur geringe Erfolge gezeitigt. Wie aus einem anderen Artikel über die Schweinehaltung in Pommerellen und die damit verbundenen Absatzfragen hervorgeht, bedeutete den größten Verlust für die Viehhaltung dieses Gebietes die Verschließung des deutschen Absatzmarktes. Das bis vor kurzem noch belieferte Saargebiet könne nicht mehr als Eigenkontinent gezählt werden. Die Ausfuhr nach Österreich, die im Jahre 1928 rund 613 000 Stück fast ebensoviel wie nach der Tschechoslowakei betragen habe, sei durch die im Jahre 1929 erlassene Einfuhrreglementierung immer mehr abgedrosselt worden. Der tschechoslowakische Markt müsse infolge der verstärkten Eigenerzeugung ebenfalls als verloren angesehen werden. Die Grenzen Italiens schließlich seien gegenwärtig wegen der italienischen Wirtschaftspolitik und der Befürchtungen um die Stabilität des Lire auch geschlossen worden.

„Wir stehen vor einem katastrophalen Zusammenbruch des Fleischmarktes infolge der Unmöglichkeit, den Export zu vergrößern und in der weiteren Folge wegen der mangelnden Rentabilität der Erzeugung. Die Viehausfuhr nach den alten Märkten hat keine Aussicht einer weiteren Entwicklung, sondern kann im besten Falle damit rechnen, den gegenwärtigen Stand zu halten, wenn nicht gar ein weiterer Rückgang erfolgen sollte (England, Österreich). Die neuen, erst kürzlich erworbenen Märkte, spielen entweder infolge ihrer geringen Aufnahmefähigkeit keine bedeutendere Rolle (Griechenland, Schweiz), oder aber sie sind aus Gründen politischer Natur (nach einer kostspieligen Pionierarbeit und nur kurzem Verbleiben auf ihnen) für uns verloren (Italien, Frankreich, Saargebiet). Deshalb ist das Problem des Viehabsatzes auf dem Ausfuhrwege lediglich auf die bisherigen Märkte keine endgültige Lösung.

Einer Lösung dieser Frage auf dem Wege der Steigerung des Inlandverbrauches steht die Verarmung der Bevölkerung entgegen . . .

Der Zusammenbruch der tierischen Ausfuhr traf in erster Linie den pommerellischen Produzenten, der für die Ausfuhr bestimmte hochwertige Tiere züchtete, deren Markt bedeutend teurer war als bei mittelwertiger Ware, die für den Inlandabsatz bestimmt ist. Gegenwärtig, wo lediglich die Möglichkeit der Ausfuhr ins Ausland besteht, nimmt an diesem Export in erster Linie Pommerellen teil, wobei die pommerellischen Firmen Versuchstransporte ohne Rücksicht auf die Kosten und Kreditbedingungen der Abnehmer hinaussenden."

Von außerordentlicher Bedeutung für die pommerellischen Viehproduzenten wäre eine Wiedereröffnung des deutschen Marktes für polnische Fleischerzeugnisse, weshalb dieser Frage jederzeit die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse.

Im allgemeinen könne festgestellt werden, daß selbst heute noch vor allem Pommerellen keine gute Ausfuhrmöglichkeiten für verschiedene landwirtschaftliche Produkte habe. Besonders die kleinen Agrarerzeugnisse seien in Polen entweder noch gar nicht oder nur sehr unrationell ausgenutzt. Als ein bedeutender Mangel wirke sich bei der gesamten Ausfuhr das Fehlen einer erfahrenen, finanziell starken Kaufmannschaft und der notwendigsten technischen Einrichtungen aus. Vor allem das Fehlen von Kühl- und Gefrierhäusern brächten den polnischen Exporteuren unnötige wirtschaftliche Verluste. Die jährliche Statistik zeige, daß die Verluste, die durch das Verderben leicht verderblicher Waren verursacht würden, die Höhe von mehreren zehn Millionen Zloty erreichten. Die Verluste müßte man unbedingt zu vermeiden suchen.

Eine nicht geringe Bedeutung sei auch — wie der Direktor der Getreide- und Warenbörse in Bromberg Mag. M. Wójcik ausführt — der Börse im Warenverkehr Pommerellens beizumessen. Ihre Eröffnung habe eine Lücke auf dem Gebiete des Austausches landwirtschaftlicher Waren, ihrer Verarbeitung und der damit verbundenen Fragen ausgefüllt. Der bisherige Zustand, in dem die Wirtschaft Pommerellens sich lediglich die Dienste und Einrichtungen benachbarter Börsen, unter anderen auch der Danziger Börse, habe zunutze machen können, habe den Erfordernissen des örtlichen Handels, der Industrie und Landwirtschaft nicht genügt. Deshalb seien im Jahre 1932 erneut Bemühungen unternommen worden, für das Gebiet Pommerellens und der Netze eine Getreide-Warenbörse ins Leben zu rufen. Diese Bemühungen erreichten im Jahre 1933 ihr Ziel. Sitz der Börse wurde Bromberg.

Bereits die ersten Monate der Tätigkeit der Getreide-Warenbörse in Bromberg hätten ihre volle Zweckmäßigkeit unter Beweis gestellt.

„Die Bilanz des ersten Tätigkeitsabschnittes der Bromberger Börse, die nur 5 Monate des Jahres 1933 umfaßt, zeigte einen bedeutenden Erfolg. Das sichtbare Zeichen dafür war in erster Linie das Anwachsen der Mitgliederanzahl von 80 bei der Eröffnung, auf 123 gegen Ende des Jahres 1933. Der Umsatz in dieser Zeit, der 11 217 Transaktionen umfaßte, betrug 225 000 to im Werte von 37 Millionen Złoty, womit Bromberg unter den Börsen Polens nach Posen und Warschau die dritte Stelle einnahm. Im gleichen Zeitabschnitt notierte die Posener Börse 25 778 Transaktionen über 676 236 to im Werte von über 102 Millionen Złoty und die Warschauer Börse 14 595 Abschlüsse über 348 869 to im Werte von über 56 Millionen Złoty."

Eine gleich gute Entwicklung habe das zweite Bilanzjahr der Bromberger Börse gezeigt. Ende 1934 habe der Mitgliederstand die Zahl von 189 Mitgliedern erreicht, wovon auf den Handel 144 Mitglieder entfallen seien, auf die Industrie 35, auf die Landwirtschaft 10 Mitglieder.

„Die starke und bedeutende Entwicklung der Bromberger Börse kam vor allem in den getätigten Abschlüssen zum Ausdruck. Der Umfang dieser Transaktionen stellte sich im Vergleich mit den anderen inländischen Getreidewarenbörsen folgendermaßen dar:

Börse	Anzahl der Abschlüsse	Tonnen-Anzahl	Wert in Złoty
Posen	39 652	983 307	154 172 015,—
Warschau	30 186	858 879	142 378 363,—
Bromberg	25 579	513 851	90 277 230,—
Lodz	26 261	255 682	Angaben fehlen
Lublin	18 349	268 338	48 087 012,—
Kattowitz ...	16 081	202 380	36 526 454,—
Lemberg	14 460	188 975	37 030 794,—
Krakau	6 390	99 602	14 987 162,—
Wilna	5 421	88 545	25 346 645,—
	182 379	3 459 559	548 805 675,—

Außer diesen allgemeinen Arbeiten habe die Bromberger Börse die Kodifikation aller im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen verbindlichen Vorschriften in Angriff genommen. Gleichzeitig sei die Börse bemüht, besonders den Verkehr mit den Danziger Firmen auszubauen und zu erleichtern.

Unabhängig davon sei die Bromberger Börse im Zusammenwirken mit der Pommerellischen Landwirtschaftskammer und der Industrie- und Handelskammer daran gegangen, an der Börse für die einzelnen Branchen, vor allem für Milch- und Holzerzeugnisse, eigene Sektionen zu schaffen.

„Besonders betont zu werden verdient schließlich das Problem, den Tätigkeitsbereich der Getreide-Warenbörse neben den landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf eine Reihe anderer Produkte, insbesondere auf Kolonial- und Einfuhrwaren, auszudehnen. Die Lösung dieses Planes ist möglich durch Eröffnung einer Filiale der Börse in Gdingen. Die Zweckmäßigkeit dieser Absicht geht daraus hervor, daß die Arbeiten auf diesem Gebiet in Gdingen bisher nur sehr unvollkommen geregelt worden sind und dauernd die Notwendigkeit einer entsprechenden Erfassung des Handels mit diesen Waren in Gdingen hervortritt."

Alle diese Arbeiten seien somit ein Beweis für die Notwendigkeit und Nützlichkeit dieser Institution für das Wirtschaftsleben Pommerellens.

Kennzeichnet die bisher besprochenen Artikel eine sachliche und sachkundige Betrachtungsweise, so machten die Ausführungen des Leiters der Industrieabteilung beim Pommerellischen Wojewodschaftsamt, S. Celichowski, über „Die Entwicklungstendenzen von Industrie und Handel" hiervon in gewisser Hinsicht eine Ausnahme. Verfasser glaubt nämlich alle Schuld an der wenig entwickelten Industrie und der schwierigen Wirtschaftslage Pommerellens der vor dem Kriege bewußt polnischfeindlichen Politik der Berliner Regierung zuschreiben zu müssen.

„Die deutsche Besatzungsbehörde war sich stets dessen bewußt, daß Pommerellen im deutschen Staatsgebilde ein fremdes und feindliches Land war. Es ist daher kein Wunder, daß die gesamte deutsche Wirtschaftspolitik in Bezug auf Pommerellen bemüht war, aus ihm ein typisches ‚Hinterland' des Reiches und Kolonisationsgebiet für dieses zu machen. Seine Aufgabe sollte danach sein, für die stärker industrialisierten Teile des Reiches Lebensmittel zu liefern und im Austausch dafür die deutschen Industrieerzeugnisse entgegennehmen. Unter diesen Verhältnissen ist es kein Wunder, daß die Deutschen die Entwicklung der Industrie nicht förderten."

Nach diesen Feststellungen muß der Verfasser dann aber doch zugeben, daß auch die allgemeinen Wirtschaftsbedingungen einer Entwicklung der Industrie in Pommerellen nicht günstig waren. Als Gründe, die dem entgegenstanden, seien u. a. zu nennen: Die Konkurrenz der hochentwickelten deutschen Industrie überhaupt, sowie die Nachbarschaft von Städten, die für einen Aufbau von Industriewerken günstiger gelegen waren, wie Danzig, Elbing, Stettin und Königsberg. Zu nennen sei dann aber auch die mit allen Mitteln geförderte Saisonwanderung der polnischen Arbeiter nach Westfalen und ins Rheinland, die als billige, aber gleichzeitig sehr produktive Kräfte gesucht gewesen seien. Die Folge sei die Zuwendung zur Land und Waldwirtschaft sowie zu der auf die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Rohstoffe eingestellte Klein- und Mittelindustrie gewesen.

„Die großen Industrieanlagen, soweit sie vereinzelt in Pommerellen errichtet wurden, wurden nur insoweit geduldet, als sie gleichzeitig den germanisatorischen und den von Grund und Boden verdrängenden Zielen der deutschen Politik dienten."

Bei einer Charakterisierung der Industrie Pommerellens wäre an erster Stelle die Lebensmittelindustrie zu nennen, die durch den Agrarcharakter des Landes zu erklären sei. Vertreten werde sie durch 1 415 Industrieunternehmungen, die im Durchschnitt 10 000 Arbeiter beschäftigten. Weiterhin zu nennen seien die zahlreichen Mühlen, die Zuckerfabriken mit einer Erzeugung von 75 000 to während der letzten Kampagne (1924 nur 45 000 to), die 200 Brennereien, die 1929/30 — 100 247 hl Spiritus produzierten (gegenüber 75 930 hl im Jahre 1923) und die Brauereien. Erwähnenswert sei dabei, daß der Anteil Pommerellens an der gesamtpolnischen Zuckererzeugung durchschnittlich 15 %, an der Rohspirituserzeugung 17 % und an der Biererzeugung 6 % ausmachte.

An nächster Stelle wäre die Holzindustrie zu nennen. Obgleich Pommerellen selbst großen Waldreichtum besitze und die jährliche schlagfähige Holzmenge rund 850 000 cbm betrage, so sei es trotzdem gezwungen, Holz noch aus anderen Gebieten einzuführen, weil die Verarbeitungsfähigkeit die zur Verfügung stehende eigene Holzmenge weit übersteige. Die Holzindustrie in Pommerellen sei in jeder Hinsicht gut entwickelt und werde durch 444 Industrieunternehmungen, darunter allein 211 Sägewerke, die zusammen über 10 000 Arbeiter beschäftigen, vertreten.

Außer den genannten wäre auch noch die Keramische sowie die Metall- und Maschinenindustrie zu erwähnen. Pommerellen könne man im großen ganzen zu den mittelmäßig industrialisierten Wojewodschaften rechnen. Seine Bedeutung im Wirtschaftsleben Polens komme in seinem Anteil am gesamtpolnischen Export zum Ausdruck. Der Wert der Ausfuhr aus Pommerellen habe betragen im Jahre 1930 — 110 993 700 Zloty, das ist über 4,5 % der gesamtpolnischen Ausfuhr, im Jahre 1931 — 107 502 700 Zloty rund 6 % und sei schließlich im Jahre 1932 auf 53 097 100 Zloty zurückgegangen, womit sie noch immer 5 % der Gesamtausfuhr aus Polen ausgemacht habe.

An erster Stelle ständen gleichfalls die agrarindustriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse, von denen die größten Posten Bacons und Getreide bildeten und weiterhin Zucker, Butter, Schweine, bearbeitetes Holz u. a. m.

In Bezug auf die Industrialisierung Pommerellens zu polnischen Zeiten seien starke Wandlungen eingetreten, und zwar müsse vor allem die vollkommene Polonisierung der Großindustrie und bedeutende günstige Änderung auf diesem Gebiete in der mittleren und kleinen Industrie hervorgehoben werden.

Zusammenfassend könne also gesagt werden, daß ohne jeden Zweifel die pommerellische Industrie — abgesehen selbstverständlich von konjunkturellen und Krisenfaktoren — gegenwärtig unter weitaus günstigeren Strukturbedingungen arbeite als vor dem Kriege, und dies sei allein nur deshalb, weil die Zugehörigkeit zu einem weniger industrialisierten Wirtschaftsorganismus, wie es Polen einer ist, ihr weit größere Entwicklungsmöglichkeiten eröffne. Daher habe sich ja auch die Industrie Pommerellens zur polnischen Zeit stark ausgebaut.

Der letzte Teil dieser kleinen „Monographie" ist den Schiffahrts- und Hafenfragen und insbesondere Gdingen gewidmet. Von den diesbezüglichen Ausführungen verdienen besonders diejenigen des Regierungskommissars in Gdingen, Magister Fr. Sokól über die zukünftige Investitions- und Ausbauarbeit von Stadt und Hafen Gdingen ganz besonders hervorgehoben zu werden. Gleich zu Anfang hebt der Regierungskommissar hervor, daß bei einem Vergleich des gegenwärtigen Standes von Stadt und Hafen das bedeutende Mißverhältnis dieser beiden miteinander in Verbindung stehenden Komplexe auffalle: „Die Stadt bleibt dauernd hinter dem Hafen zurück, und kann diesen Vorsprung nicht durch entsprechende Investierung bzw. den Ausbau der notwendigen Einrichtungen einholen und damit einen Zustand erreichen, der dem Entwicklungstempo des Hafens entsprechen würde."

Die mangelnde Entwicklung der Stadt sei durch zwei Faktoren bedingt: als erster seien die Mängel zu nennen, deren Beseitigung von den öffentlichen Stellen abhänge, der zweite umfasse die Lücke, deren Ausfüllung durch die Privatinitiative und den an der Entwicklung der Stadt interessierten Wirtschaftskreisen bedingt sei.

Den Inhalt der erstgenannten Kategorie bilde die Unzulänglichkeit der elementarsten Einrichtungen, ohne die eine moderne

Hafenstadt von einigermaßen europäischem Range undenkbar sei. Dazu gehöre eine entsprechende Durchführung und Vervollständigung des Straßennetzes, des Elektrizitätsnetzes, der Wasserleitungen und Kanalisation, des weiteren Baues von Schulen, Krankenhäusern und anderen Sozialbauten. Zur zweiten Kategorie wären die zahlen- und qualitätsmäßig ungenügenden Wirtschaftsbetriebe, wie die mit dem Überseehandel in Verbindung stehenden Organisationen und Handels- und Industrieunternehmungen zu rechnen.

„Faßt man die Unterschiede in der Entwicklung von Hafen und Stadt kurz zusammen, so muß festgestellt werden, daß man für eine entsprechende Versorgung des Hafens, der die erste Stelle unter den Häfen der Ostsee und die achte in Europa einnimmt, mit städtischen Einrichtungen im Verlauf der nächsten fünf Jahre rund 28 Millionen Złoty anlegen und außerdem solche Wirtschaftsinstitutionen ins Leben rufen müßte, wie Börsen, größere Handelshäuser, Industrieunternehmungen u. ä. m., — mit einem Worte Wirtschaftsfaktoren solcher Art, die an Ort und Stelle die Organisationen des Ausbaues und der Finanzierung unseres Überseehandels übernehmen, indem sie aus Gdingen einen Verteilungsmittelpunkt desselben machen."

Aus seiner Stellung heraus widmet sich der Verfasser des Artikels besonders dem Investitionsproblem der Stadt und versucht, die Ursachen des gegenwärtigen Zustandes, die finanziellen Folgen der ungenügenden Investitionen in der Stadt und die Methode, wie diese Fragen in Zukunft anzugreifen wären, zu kennzeichnen.

„Wir sind der Überzeugung, daß die öffentliche Meinung in Polen sich über den Unterschied noch keine Rechenschaft gibt, der in der Behandlung der Finanzierungsfrage des Ausbaues des Hafens und der Stadt besteht. So wurde der Bau des Hafens, als Eigentum des Staates, vollständig mit Mitteln des Staatsfiskus durchgeführt, während dagegen die Stadt mit Hilfe von Anleihen ausgebaut wurde, die die Gemeinde aufnehmen mußte, um mit dem Tempo des Hafenbaues Schritt zu halten: ihre eigenen Mittel reichten nämlich nicht zur Errichtung einer von Grund auf neuen Stadt aus.

Im Endergebnis sind die Gemeindeschulden im Verlauf einiger Jahre auf 43 Millionen Złoty angewachsen. Der Zinsendienst dieser Schulden überstieg die Amortisationsleistungsfähigkeit der Stadt und drohte mit einer völligen Sprengung des Haushaltes.

Unter diesen Umständen sah sich der Staatsfiskus gezwungen, den Zinsendienst für den größten Teil der Schulden selbst zu übernehmen. . . . Die Notwendigkeit der Zinsaufbringung für den restlichen Schuldenteil durch die Gemeinden, die Zunahme der laufenden Verwaltungskosten — bei ihren gegenwärtigen Einnahmen — machen der Stadtverwaltung die Durchführung des Investitionsprogramms selbst im Rahmen der dringendsten Notwendigkeiten unmöglich."

Die Hauptschwierigkeiten lägen somit in der Frage, welche Möglichkeiten einer weiteren Ausbaurabeit der Stadt es gäbe. Es sei klar, daß das Mittel, dessen man sich in den ersten Jahren vorwiegend bedient habe: die Anleihen, für die nächste Zeit abzulehnen sei. Dieser Weg könne nur im Falle der Anlage bzw. des Ausbaues von Unternehmungen, welche die aufgenommene Schuld aus eigenen Mitteln bzw. Überschüssen verzinsen und amortisieren könnten, beschritten werden. Diese Möglichkeit liege hier jedoch nicht vor.

Die zweite Quelle seien die Zuschüsse seitens des Staates aus den Mitteln der einzelnen Ressorts, die an der Entstehung solcher oder anderer Anlagen in Gdingen interessiert seien.

„Man muß sich jedoch sagen, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen, wo der Staat auch so zur Deckung der Gemeindeschulden der Stadt Zuschüsse in Höhe von mehreren Millionen gibt (im Haushaltsjahr 1933/34 — 6 Millionen Złoty, im Jahre 1934/35 — 4,8 Millionen Złoty, und für das Jahr 1935/36 sind 3,9 Millionen Złoty vorgesehen), die Erwirkung weiterer Zuschüsse kaum möglich erscheint, da es doch bekannt ist, daß die Verpflichtungen des Staates zunehmen und die Lage der Steuerzahler auf dem Lande für die nächste Zeit keine Steigerung der Finanzeinnahmen erwarten läßt."

Die dritte und nach Ansicht des Verfassers realste Möglichkeit sei der Ausbau der eigenen Gemeindeeinnahmen. Dies könne erreicht werden durch Erweiterung der Steuervergünstigungen in der Gemeinde oder Vergrößerung der Einnahmen aus Privatquellen. Bei der Anwendung des ersten Mittels müsse nach den bisherigen Erfahrungen äußerste Vorsicht gewahrt werden. Trotz mehrerer Mißerfolge mit städtischen Unternehmungen in Gdingen wolle der Regierungskommissar aber dennoch auf eine weitere Förderung in dieser Richtung nicht verzichten, hoffe er doch bei sachlicher und kaufmännischer Ausbildung, bei ehrlicher und emsiger Arbeit, sowie einer genauen Beaufsichtigung der städtischen Betriebe eine gute Entwicklung sichern zu können.

Was dagegen den Aufbau einer Privatindustrie im Gdinger Hafen betreffe, so könne damit gerechnet werden, daß schon in den nächsten sechs Jahren, außer der Werft in Gdingen am Industriekanal, eine bedeutende Lebensmittelindustrie (Fisch-, Obst- und Fleischverarbeitung), sowie eine Hilfsindustrie für den Hafenhandel, wie z. B. Fabriken zur Herstellung von Verpackungsmitteln, Schachteln, Dosen, Kisten, Fässer u. a. m. entstehen werde.

In einem gewissen Gegensatz dazu betont Ingenieur St. Łęgowski, der Direktor des Seeamtes in Gdingen, in seinem Artikel über „Die Arbeit im Gdinger Hafen", daß hinsichtlich der Investitionen für das laufende Jahr 1935 keine Lagerneubauten aus staatlichen Mitteln vorgesehen seien. Die Hafenarbeiten, die die technische Vervollkommnung des Hafens bezweckten, werden sich lediglich auf den Bau verschiedener technischer Hilfsmittel, in erster Linie Verladekräne und auf wasserbautechnische Arbeiten zur Fertigstellung des Südbassins, beschränken, müssen. „Sehr wichtige Arbeiten, die die Fertigstellung des Industriekanals zum Ziele haben, welcher in Zukunft das Gebiet für die Errichtung großindustrieller Anlagen abgeben soll, müssen notwendigerweise für eine spätere Zeit hinausgeschoben werden."

Für das Jahr 1935 sei vor allem mit einer starken Zunahme des Holzumschlages zu rechnen, die von der baldigen Fertigstellung des technisch hochstehenden Holzhafens auf der Oxhöfter Seite abhänge; sowie mit einer verstärkten Einfuhr von Südfrüchten auf Grund des kürzlich abgeschlossenen Handelsvertrages mit Spanien.

Rückblickend könne gesagt werden, daß das Jahr 1934 in der Arbeit des Gdinger Hafens ein Rekordjahr darstelle, insofern, als sich in diesem Jahre die Stellung und Bedeutung Gdingens unter den europäischen Häfen endgültig entschieden und gefestigt habe. Mit einer Menge von 7,3 Millionen to habe der Warenumschlag eine Steigerung von 15 % gegenüber dem Jahre 1933 zu verzeichnen gehabt.

Das gleichzeitige starke Ansteigen des Warenumschlages im Danziger Hafen (im Jahre 1934 mit 6,4 Mill. to um 23 % mehr als 1933) sei zweifellos die Folge des Danzig-polnischen Abkommens über die Umschlagskontingente vom 30. Sept. 1933.

Im Gdinger Hafen müssen die Bemühungen der Hafenbehörden jetzt vor allem auf die Vertiefung des Systems der Hafenhandelsorganisation und die Verbesserung der Betriebsmethoden gerichtet sein. Eines der wichtigsten Probleme des Hafenbetriebes, wie es die Arbeitsfragen seien, konnte in vollkommen befriedigender Form gelöst werden, in solchem Maße, daß gegenwärtig die Danziger Hafenorganisation in ihrer Arbeit sich Gdingen zum Vorbild nehme.

Zu den wichtigen Arbeiten, deren Erledigung für das Jahr 1935 vorbehalten worden sei, gehöre die Reorganisation des Speditеurwesens und die Anpassung des Hafens an den zunehmenden transozeanischen Handelsverkehr.

[Codzienna Gazeta Handlowa Nr. 65 vom 19. 3. 1935.]

Herausgeber: Prof. Dr. Recke, Danzig. Schriftleiter: Dipl.-Volkswirt Hans Neumann, Danzig.
Druck von A. W. Kafemann G. m. b. H., Danzig.